27. Jahrgang — Bochum, den 9. Januar 1915 — Nummer 2

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelhauser Straße 38—42. Telephon-Nrn. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Altverband Bochum.

Der Krieg die Schuld der Völker?

In der rein ideologischen Geschichtsauffassung befangene oder geschichtlich ganz ununterrichtete Leute sind der Ansicht, die Weltgeschichte werde von edlen Helden oder gewissenlosen Schurken „gemacht". Ueber diese naive Auffassung sind alle modernen Historiker hinweg. Hinsichtlich der „Schuld oder Unschuld" an dem gegenwärtigen Weltkrieg ist unstreitig, daß er im tiefsten Grunde wirtschaftlichen Interessengegensätzen zwischen den staatlich organisierten Wirtschaftsgebieten geschuldet ist, neben denen nationalistische Herrschaftstendenzen (so der Panslawismus der „Echtrussen" und die Revanchepolitik der französischen Klerikalen und Monarchisten) eine von den großen Massen allerdings am ehesten beklatschte, daher bedeutende Rolle spielen. Offen heraus haben jedoch schon die britischen Weltmachtstreber (Imperialisten) ausgesprochen, es gälte, die mächtig aufstrebende deutsche Industrie und den hiermit zusammenhängenden deutschen Welthandel möglichst zu schädigen, wenn nicht gar zu vernichten. Mit der den amerikanischen Trustleuten eigenen brutalen Offenheit hat kürzlich der Präsident des amerikanischen Stahltrustes, Herr Gary, gesagt, die Interessen, um die in Europa nun der Krieg tobe, ließen sich wohl „in Dollar und Cents" ausrechnen. Gary hat die brutalste Formel zur Erklärung des gewaltigen Völkerringens gefunden.

Eben darum, weil wir wissen, daß die gegen Deutschland seit langem gebildete feindliche Koalition nicht etwa unserem Militarismus gilt — der hat im britischen Marinismus und in dem russisch-französischen Militarismus gleichwertige Seitenstücke — sondern daß der Krieg die deutsche Volkswirtschaft, unsere Industrie und unseren Handel vernichten soll, natürlich auch die Zertrümmerung der opferreich errungenen staatlichen Einheitsorganisation der Einwohner Deutschlands zum Ziel hat, deshalb treten wir freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter entschlossen mit den anderen Volksgenossen in eine Kampfesfront. Wir wissen, daß die größte Einheitlichkeit der Kraftentwickelung die sicherste Erfolgsbürgschaft, aber auch die beste Garantie für eine rasche Beendigung der kriegerischen Schrecknisse ist. Gerade darum bedauern wir als Friedensfreunde jede Aeußerung, die den Anschein erwecken kann, als ob in unserem Lande in der Beantwortung der gegen unseren Willen gestellten Schicksalsfrage keine Einheitlichkeit herrsche. Wenn die Gegner sehen, daß wir alle von ihnen weder „vernichtet", noch unsere inneren Angelegenheiten von ihnen „geordnet" wissen wollen, dann werden sie am ehesten von der Erfolglosigkeit ihres Vorhabens überzeugt sein und Frieden schließen müssen.

Ganz und gar unangebracht ist aber auch der von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" (Nr. 1323) unternommene überaus kühne Versuch, die „Schuld der Völker" an diesem Kriege nachzuweisen. Nach der Darstellung des Blattes sind nicht die vielgenannten „Staatsmänner" in Großbritannien, Frankreich und Rußland, sondern — die „Völker" die eigentlichen Kriegsvorbereiter! Das heißt denn doch die Dinge glatt auf den Kopf stellen.

Glaubt denn die „Rh.-Westf. Ztg.", wenn die Regierungen, bevor die gewissenlose Hetzpresse in den unseligen Julitagen des Jahres 1914 ihr verbrecherisches Werk begann, die „Völker" zur Abstimmung über Krieg und Frieden aufgerufen hätten, es würde sich in England, Frankreich und Rußland die Mehrheit des Volkes für den Krieg entschieden haben? Das kann das Blatt nicht glauben, denn es hat selbst in der gedachten Zeit und sogar noch nach dem Ergang der Kriegserklärungen sensationelle Meldungen über große kriegsfeindliche Demonstrationen aus London, Paris, Petersburg usw. gebracht! Die sozusagen „unschuldigen" Regierungen haben ja nicht einmal den Parlamenten den genauen Inhalt der verhängnisvollen Bündnisverträge zwischen den „Ententemächten" (Rußland, Frankreich, Großbritannien) mitgeteilt, sondern über die Köpfe ihrer Vertreter hinweg die Völker gebunden! Das haben Jaurès und seine sozialistischen Freunde in Frankreich, Macdonald und seine sozialistischen Freunde in England öffentlich zebrandmarkt. Nicht einmal die Parlamente, die Erwählten der von den Diplomaten geheim gebundenen Völker, haben die endgültige Entscheidung über Krieg oder Frieden gehabt, sondern wurden vor die vollendete Tatsache der Kriegserklärung gestellt. Das ist der „Rhein.-Westf. Ztg." doch auch bekannt.

Bei uns in Deutschland hat die ungeheure Volksmajorität ganz gewiß sehnlichst auf den Erfolg der Friedensbemühungen der deutschen Regierungsvertreter in Petersburg, Wien, Paris und London gehofft. Ob die „Völker", mit denen die Leiter der „Rhein.-Westf. Ztg." in nächste Berührung kommen, den Kriegsausbruch wünschten, wissen wir nicht. Wenn wir uns an die hochinteressanten Artikel erinnern, die just in den denkwürdigen Julitagen in der „Rhein.-Westf. Ztg." gegen die sogenannte „Hausmachtpolitik der Habsburger" erschienen sind, Artikel, in welchen, begleitet von schärfsten Zurückweisungen, aus militaristischen und klerikalen Organen Oesterreichs zitiert wurde, was von dieser Seite an Erregung kriegerischer Stimmung geleistet sein soll, dann möchten wir annehmen, daß die „Rhein.-Westf. Ztg." zu ihrer Ueberzeugung (?), die „Völker" trügen die Kriegsschuld, erst in allerjüngster Zeit gekommen ist. Jene aufsehenerregenden Artikel in der „Rhein.-Westf. Ztg." sind nicht widerrufen worden. Auch brachte das Blatt noch jüngst Sensationsmeldungen aus Rußland über eine dort weit verbreitete Agitation im Volke gegen den Krieg. Die häufigen Berichte des Blattes über die schlechten Ergebnisse der Rekrutierungen in England sprechen ebenfalls nicht für die „Schuld der Völker an dem Krieg".

Wir sind der Ueberzeugung, daß die deutsche Regierung den Kriegsausbruch verhindern wollte, und wissen aus persönlicher Erfahrung, daß die breiten Volksmassen in Deutschland gleichfalls keinen Krieg wünschten. Erst dann, als sie sich durch die hinterlistig betriebene russische Mobilmachung vor die große Gefahr eines moskowitischen Einbruchs in Deutschland gestellt sahen, erhoben sie entschlossen, ja mit Begeisterung die Waffen gegen das Moskowitertum! Die harte Notwendigkeit, dann auch gegen Frankreich ziehen zu müssen, wurde mit tiefem Bedauern ertragen. Was England anlangt, so hat erst gegen dieses bei uns eine große Erbitterung Platz gegriffen, als seine imperialistischen Wortführer ihre Krämerinteressen rücksichtslos offenbarten. Jedoch, einen Haß gegen die durch ihre imperialistischen und nationalistischen Machtstreber gegen uns in den Krieg gerissenen Völker werden die Leute der „Rhein.-Westf. Ztg." in den breiten Massen der gewerkschaftlich und politisch geschulten Arbeiter Deutschlands vergeblich suchen, wogegen Ausnahmen nichts besagen wollen. Und das ist gut, ist es doch eine Bürgschaft für eine freundlichere Zukunft.

Die von der „Rhein.-Westf. Ztg." herangezogenen Vergleiche der Volksstimmungen vor etwa einem halben Jahrhundert hinken auf beiden Füßen. Damals waren beispielsweise auch noch keine von den Regierungen begünstigten Friedenskonferenzen deutscher und französischer Volksvertreter möglich. Damals sah sich Napoleon III. großen innerpolitischen Schwierigkeiten gegenüber, die er durch das nationalistische Geschrei: „Rache für Sadowa!" übertönen ließ — und auf Wilhelmshöhe endete. Wenn nur der Versuch der zaristischen Kriegstreiber, über die Gärungen im Inlande durch kriegerische Waffenerfolge hinwegzukommen, dasselbe Ende, und recht bald, fände!

Wir kennen die tiefsten Ursachen des schrecklichen Weltkrieges, darum auch erscheint uns ein dauernder Friede nicht als ein Traum, sondern erreichbar. Mit uns Millionen und Abermillionen, gewaltig vermehrt durch den gegenwärtigen Völkerkrieg. Die Sehnsucht nach einer unblutigen Schlichtung der internationalen Differenzen ist schon gewaltig erstarkt im zwanzigsten Jahrhundert. Tapfere, hochherzige Männer und Frauen aller Kulturnationen und aller Parteien, auch hervorragende Staatsmänner, bemühten sich, den Krieg als (angeblichen) „Vater der Dinge" auszuschalten. Dagegen aber traten immer wieder hetzend und fanatisierend die bedenkenfreien „Weltblätter" neben den billigen Jingo-Zeitungen und der chauvinistischen Boulevardpresse auf und erklärten den dauernden Frieden als einen „Traum", als ein Mittel zur „Entnervung der Völker". Die „Rhein.-Westf. Ztg." selber hat oft genug die „goldenen Fäden" kenntlich gemacht, die von irgendwelchen Finanzkonsortien in die Administrationen der immerfort gegen Deutschlands Weltstellung hetzenden „Weltblätter" führten. Nicht zuletzt auf ihr Betreiben ist nun die Jugend der Völker, die sich so verhetzen ließen, auf die Schlachtfelder geführt und wird beispiellos dezimiert. Die Gebrechlichen und Alten bleiben als „Jungbrunnen" erhalten. Daß es den geschäftsmäßigen Kriegshetzern mit der Zeit angst und bange wird wegen der sicher so oder so kommenden Abrechnung, ist begreiflich. Wenn die fanatisierten Völker zur Besinnung kommen, werden sie sich auch erinnern, wer für diesen ungeheuren Krieg seit langem geschürt hat.

Wir wollen jedoch in einer Hinsicht der „Rhein.-Westf. Ztg." beistimmen: Der Krieg ist zwar nicht von den „Völkern" gewollt und entfesselt, er ist auch nicht ein von den „Völkern" infolge ihrer mangelnden christlichen bezw. kirchlichen Gesinnung selbstverschuldetes „Strafgericht", wie es in dem jüngsten Hirtenbrief der deutschen Erzbischöfe und Bischöfe heißt. Sind doch, wie wir bereits einmal hervorhoben, in Frankreich die strengst kirchlich gesinnten klerikalen Feinde der republikanischen Staatsform die Hauptrevancheschreier, sind doch die strengorthodoxen klerikalen „Echtrussen" die besten Stützen der kriegslüsternen Militärpartei. Soweit menschliche Schuld vorliegt, trifft sie die genannten Parteigruppen und die imperialistischen Weltmachtapostel in England ihre Gesinnungsgenossen und Werkzeuge. Die „Völker" aber, und das geben wir zu, trifft die Schuld, daß sie diesen Kriegstreibern nicht längst vor dem Kriege das Handwerk legten, daß sie ihr Gemüt von der gewissenlosen Lügen- und Hetzpresse vergiften ließen, bis es zum Völkerkrieg kam. Als dieser harte Krieg Tatsache wurde, kam es darauf an, die vernichtende Kriegswalze von dem Heimatlande abzuhalten. Hierzu aber sind die Einwohner Deutschlands, abgesehen von allen anderen Gründen, in erster Linie darum verpflichtet, weil das Land, in dem wir geboren und erzogen sind, in dem wir als freie Bürger leben und wirken wollen, weitaus am bedrohlichsten von den Feinden ringsum angefallen wird. Dagegen sich tapfer bis zum gesicherten Frieden halten, ist unsere natürliche Pflicht, die aus dem Gebot der Notwehr entspringt.

Aus dem oberschl. Steinkohlenrevier.

Mehr Aufträge, wie bei der jetzigen Belegschaftsstärke erfüllt werden können — das ist die Prognose, die man dem oberschlesischen Steinkohlenbergbau stellen kann. Eine besonders günstige Wirkung zeitigt der Fortfall der englischen Konkurrenz, sowohl in den Absatzmöglichkeiten, wie in der Preisgestaltung. Die englische Konkurrenz wurde in den letzten Jahren von den Bergbautreibenden Schlesiens bitter empfunden, denn es war eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß die englische Kohle immer mehr Absatzgebiete an den Hafenplätzen der Nord- und Ostsee und in Groß-Berlin eroberte. Allein im Jahre 1913 wurden nach Ostdeutschland ungefähr 4 Millionen Tonnen englischer Kohlen eingeführt. In der oberschlesischen Kohlenkonvention hatte man schon öfters Beratungen gehabt und war sich auch einig, daß es notwendig sei, dieser lästigen Konkurrenz energisch zu Leibe zu gehen. Nur über das Wie war man sich noch nicht klar. Der Krieg hat vorläufig das Problem gelöst. Kein Pfund englische Kohle dringt nach Deutschland und daher ist in den östlichen Kohlenrevieren ein besonders guter Geschäftsgang zu verzeichnen.

Im 3. Vierteljahr 1914 waren die Kohlenförderung und der Absatz beträchtlich gesunken. Das macht sich in der vom Oberbergamt zu Breslau veröffentlichten Statistik recht deutlich bemerkbar. Im Steinkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirks betrug die Förderung im 3. Vierteljahr 1913: 13 258 826 Tonnen und im 3. Vierteljahr 1914: 10 202 394 Tonnen, das ist ein Rückgang von 36,47 Prozent der Förderung. Der Wert der zum Verkauf gebrachten Kohle betrug im 3. Vierteljahr 1913: 106 957 989 Mk. und im 3. Vierteljahr 1914: 64 434 420 Mk. Demnach ist der Wert der verkauften Kohlen um 42 523 569 Mk. gesunken. Das ist ein recht beträchtlicher Rückgang, wenn man beachtet, daß doch im Juli, dem ersten Quartalsmonat, die Förderung noch regelmäßig war und sich die Kriegswehen erst im letzten Viertel des Monats bemerkbar machten. Bei näherem Zusehen findet man aber, daß der Durchschnittswert der Tonne höher ist, wie in derselben Zeit des Vorjahres. Dieser betrug im 3. Vierteljahr 1913: 9,83 Mk. und im 3. Vierteljahr 1914: 10,15 Mk. Der starke Rückgang der Förderung und des Absatzes erklärt sich durch die Mobilmachung und durch die dadurch hervorgerufenen Stockungen des Bahnverkehrs. Kriegsmaßnahmen haben auch noch im Oktober und November den oberschlesischen Bergbau teilweise lahmgelegt. Sehr empfindlich wurden dadurch die Bergarbeiter getroffen, denn im November wurden auf einzelnen Gruben zehn und mehr Feierschichten eingelegt, so daß die Weihnachtslöhnung recht trostlos aussah. Der Monat Dezember war bedeutend besser. Es wurden täglich 9—10 000 Waggons gestellt und auch benutzt. Auch die Eisenbahnverwaltung ist den Werken im weitgehendsten Maße entgegengekommen und hat für den Versand nach Ostpreußen, wo die Nachfrage besonders stark ist, Extrazüge gestellt. Auch auf der Oder und Spree, die bei der milden Witterung noch eisfrei sind, kamen große Mengen zur Verladung. Der Versand nach Oesterreich-Ungarn geht schlechter, weil, wie die Werkspresse angibt, die dortigen Bahnverwaltungen dem Wagenbedarf wenig Rechnung tragen, so daß die Aufträge nur im geringen Maße und unregelmäßig erfüllt werden können.

Im ganzen kann gesagt werden, daß der ostdeutsche Steinkohlenbergbau vollauf zu tun hat, um mit den vorhandenen Arbeitskräften allen Bestellern gerecht zu werden. Diese Gelegenheit haben natürlich auch die Unternehmer wahrgenommen und eine recht merkliche Preiserhöhung beschlossen, die ab 1. Januar 1915 giltig ist. Sie beträgt für die Tonne oberschlesischer Kohlen 1 bis 1,50 Mk. und für Staubkohlen 50 Pf. Die Erhöhung wird mit den gesteigerten Selbstkosten und mit der von den Grubenverwaltungen geübten Kriegsfürsorge für Arbeiter und Beamte begründet. Wir verschließen uns nicht der Tatsache, daß die Selbstkosten gestiegen sind, und verkennen auch nicht, daß manche Grubenverwaltungen bestrebt sind, den Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter und Beamten ihr Dasein zu erleichtern. Für die Beamten wird namentlich in jeder Weise gesorgt, denn sie beziehen fast ausnahmslos das volle Gehalt weiter. Die Kriegsfürsorge für die Arbeiterfamilien kann damit keinen Vergleich bestehen und sie wird auch nicht von allen Verwaltungen geübt. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß die Werke bei der beschlossenen Preiserhöhung und trotz Steigerung der Selbstkosten und der Betätigung in Kriegsfürsorge ein sehr gutes Geschäft machen. Zu dieser Ueberzeugung kommt man erst recht, wenn man die Verminderung der Arbeiterlöhne beobachtet. Die amtliche Lohnstatistik weist schon einen beträchtlichen Lohnrückgang auf. Der durchschnittslohn für alle Arbeiter betrug pro Schicht im oberschlesischen Steinkohlenrevier im 3. Viertel 1913: 3,68 Mk., im 2. Viertel 1914: 3,65 Mk. und im 3. Viertel 1914: 3,50 Mk. Das ist ein empfindlicher Lohnrückgang, der keinesfalls gerechtfertigt ist. Soweit wir Uebersicht haben, hat der Rückgang auch noch im 4. Vierteljahr 1914 angehalten. Dabei haben aber die Werke durchaus recht, wenn sie behaupten, daß sie das Gedinge nicht reduziert haben. Das steht nämlich so niedrig, daß die Arbeiter in den wenigsten Fällen und fast zu keiner Zeit ausreichende Löhne verdienen. Die amtliche Lohnstatistik läßt aber noch nicht in genügendem Maße den Lohntiefstand erkennen. Auf der Donnersmarckhüttegrube wurden Hauerlöhne laut Lohnnachweisen von 3,48 Mk. und 3,64 Mk. ausgezahlt. Auf der Deutschlandgrube solche von 3,31 Mk. Von diesen Löhnen wurden nun noch die Versicherungsbeiträge in Abzug gebracht, so daß nur wenig über, in einem Falle sogar unter 3 Mk. zur Auszahlung kamen. Wir haben es auch hier nicht mit Einzelfällen zu tun. Hunderte von Hauern werden mit derartigen Löhnen abgespeist. Daß dadurch die Berufsfreudigkeit und Arbeitslust nicht gesteigert wird, ist klar. Sie sind auch mit nichts zu rechtfertigen. Wir werden uns in der nächsten Zeit mit der Lohnentwickelung eingehender befassen, denn die jetzigen Verhältnisse können kaum noch stillschweigend geduldet werden. Das können auch die maßgebenden Kreise nicht erwarten. So kann auch der „Burgfriede" nicht gedacht sein, daß die Arbeiter alles ruhig hinnehmen sollen. Der Kohlenpreiserhöhung, die die Unternehmer durchgesetzt haben, muß auch eine Lohnerhöhung für die Arbeiter folgen. Das ist angesichts der teuren Verhältnisse, die gerade jetzt an der Landesgrenze herrschen, ein dringendes Gebot der Notwendigkeit.

H. L.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Gegen den Feind im Lande

schreibt der nationalliberale Führer und Parlamentarier Herr Schiffer, Kammergerichtsrat in Kiel, in der „Dortmunder Ztg." (Nr. 641) scharfe Anklagen, die wir zur Beleuchtung der Prozentpatrioten wörtlich hierher setzen:

„Wir brauchen nicht nur schärfere, sondern recht scharfe Bestimmungen. **Die dunklen Ehrenmänner, um die es sich handelt, besitzen ein außergewöhnlich dickes Fell, unter dem ein überaus robustes Gewissen wohnt.** Mit sanftem Druck und freundlichem Streicheln kommt man bei ihnen ebensowenig aus, wie mit gemütlichem Zureden und Ermahnen. Auch der — übrigens nicht bei uns, sondern in England — neuerdings ventilierte Plan einer besonderen Kriegssteuer verspricht keinen durchgreifenden Erfolg. Die unzweifelhaft vorhandenen steuertechnischen Bedenken und Schwierigkeiten mögen vielleicht nicht unüberwindlich sein. Aber was bedeutet eine Steuer, auch wenn sie anständig hoch bemessen werden sollte, gegenüber den riesigen Gewinnen, die hier in Frage stehen? Man schlägt den Betrag auf Geschäftsunkosten und glaubt dann noch, sich durch ihn mit allem abgefunden zu haben. Das wäre freilich ein großer Irrtum. Das Volk, das jetzt schon leidenschaftlich darüber erregt und erbittert ist, daß ein

Häuflein wüster Spekulanten aus seiner Not Reichtümer sammelt, wird ihr Treiben nicht so leicht vergessen, sondern früher oder später mit ihnen sehr ernsthaft abrechnen. Die Herren sollen nur nicht glauben, daß, wenn erst der Frieden geschlossen und eine Reihe von Jahren ins Land gegangen ist, der Schwamm der Zeit auch die Spuren ihres Emporkommens verwischt haben wird. Möglich, daß es ihnen alsdann gelingt, wenn sie eine gehörige Summe für ein wohltätiges oder wohlgefälliges Werk opfern, sogar noch einen Titel oder einen Orden zu ergattern. Die große Mehrheit ihrer Volksgenossen wird sich dadurch nicht blenden und in der sittlichen und gesellschaftlichen Beurteilung ihrer Persönlichkeiten nicht beirren lassen. Die Spuren der Zeit nach dem Kriege von 1870/71 schrecken. Wir wollen nicht, daß uns etwa ein abnormer Milliardensegen zum Fluch des Mammonismus und des Gründungsschwindels wird. Wir wollen wie damals siegen und den Sieg auch feiern; aber die Siegesfeier darf nicht mit einem Tanz um das goldene Kalb enden."

Kosten des Weltkrieges in sechs Monaten.

Im Dezemberheft des „Nineteenth Century" versucht der französische Nationalökonom Ives Guyot eine Berechnung der Kriegskosten. Er teilt die Verluste in drei Gruppen: 1. die laufenden militärischen Ausgaben, 2. die Handelsverluste und 3. den Verlust an Menschenleben. Den Wert eines Menschen bemißt Guyot in England bis zu 16 000 Mark, in Rußland und Oesterreich auf 8000 Mark. Die Bewertung ist gewiß sehr willkürlich angesetzt, doch dürfte sie eher zu niedrig als zu hoch sein; man erinnere sich nur, daß in den Vereinigten Staaten jeder Säugling auf 12 000 Dollar eingeschätzt wird. In Guyots Rechnung ist vorausgesetzt, daß der Krieg bis zum 31. Januar 1915, also sechs Monate, dauert. Sämtliche kriegführenden Staaten würden dann folgende Verluste zu buchen haben:

1. Etatsmäßige Ausgaben	32,4 Milliarden Mark,
2. Handelsverluste	33,0 Milliarden Mark,
3. Verluste an Menschenleben	20,0 Milliarden Mark.

Zusammen 85,4 Milliarden Mark! In relativ kurzer Zeit eine Riesensumme von Kriegskosten, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Da aber bis jetzt noch keine Hoffnung besteht, daß der Krieg am 31. Januar beendet sein wird, so wird die Rechnung weiter wachsen.

Man muß sich aber wohl fragen, wer am Ende diese Geschichte bezahlen soll; wird eine der Parteien, gleichviel welche, nachdem sie schon die eigenen erschöpfenden Verluste zu tragen hat, noch stark und fähig genug sein, die Kosten der Gegenpartei zu tragen?

Abänderung der Höchstpreisbestimmungen.

Der Bundesrat änderte in seiner Sitzung vom 19. Dezember 1914 die Verordnungen betreffend den Höchstpreis für Getreide und Hafer in einigen Punkten ab. Der Höchstpreis richtet sich nach dem Ort, an welchem die Ware abzunehmen ist und bis zu welchem der Verkäufer die Kosten der Beförderung trägt. Für Landwirte ist dieses im allgemeinen die Verladestation. Bei dem Umsatz des Getreides durch den Handel dürfen den Höchstpreisen Beträge zugeschlagen werden, die insgesamt 4 Mk. für die Tonne nicht übersteigen dürfen. Dieser Zuschlag umfaßt insbesondere Kommissions-, Vermittelungs- und ähnliche Gebühren, sowie alle Arten von Aufwendungen; er umfaßt die Auslagen für Säcke und für die Fracht vom Abnahmeort nicht. Für die Frachtberechnung dürfen auf jeden Fall nur die wirklichen Kosten der Verfrachtung berechnet werden. An Sackleihgebühr darf für die Tonne 1 Mk. berechnet werden. Bei dem Verkauf der Säcke ist der Preis für kleinere Säcke auf 80 Pf., für größere Säcke, die 75 Kilogramm und mehr halten, auf 1,20 Mk. festgesetzt. Die Preiszuschläge für höheres Naturalgewicht bei Roggen und Weizen fallen weg. Ebenso fällt die 68 Kilogramm-Grenze bei Gerste weg. Für Saatgetreide ist eine besondere Ausnahmebestimmung von dem Höchstpreis vorgesehen. Ebenso fallen bei Gerste und Hafer Verkäufe an Kleinhändler und Verbraucher nicht unter die Höchstpreise, wenn sie drei Tonnen nicht übersteigen.

Die sogenannten Reports werden bei Weizen und Roggen aufrecht erhalten, bei Hafer werden sie gestrichen, dafür indessen die Haferpreise mit dem 24. Dezember 1914 um 2 Mk. für die Tonne erhöht. Für Kleie ist neben dem Mühlenpreis von 13 Mk. noch ein Großhandelspreis von 15 Mk. und endlich ein Kleinhandelspreis (für Verkäufe von 10 Doppelzentner und weniger von 5,50 Mk. festgesetzt. Futtermehle, Vollmehle und Grießkleie und ähnliche Hintermehle gehören zur Kleie. Endlich ist ein Verbot erlassen worden, Kleie, die mit anderen Gegenständen vermischt ist, in den Verkehr zu bringen. Die Strafbestimmungen für Verstöße und Umgehungen der Höchstpreisverordnung sind wesentlich verschärft worden.

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Simulation?

Welche Rolle die Simulation in der Phantasie so mancher Gutachter spielte, das zeigen uns jetzt verschiedentlich Erkenntnis und Selbsterkenntnis bei den Gutachtern. So schreibt Dr. Reczek, der Chefarzt des Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland, in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift", daß bei der militärärztlichen Untersuchung sich zuweilen der Verdacht der Simulation aufdränge. Doch seien diese Fälle in Wahrheit äußerst selten, wie es überhaupt scheine, daß auch in der deutschen Arbeiterversicherungsmedizin mit der zunehmenden Erfahrung des Gutachters die Zahl der angenommenen Fälle von Simulation sinkt. Und der „Medizinischen Klinik" zufolge wies auf dem kriegsärztlichen Abend in Köln kürzlich bei Behandlung der „unschuldigen Streifschüsse" Dr. Preysing darauf hin, daß die Behandlung dieser Schüsse in den ersten Kriegswochen zu oberflächlich gewesen sei. Spät, oft erst nach der Entlassung, traten dann Beschwerden, wie Kopfschmerzen, auf. Hielt man dann den Mann zuerst für einen Simulanten, so übergeugte doch das spätere Röntgenogramm, daß hier infolge ärztlicher Schuld ein Fehler begangen war. Die Operation befreite den Mann von seinen Beschwerden. In verschiedenen Fällen solch merkwürdiger „Simulation" kam die Operation dann allerdings zu spät. Hoffentlich zieht auch auf diesem Gebiete jetzt ein neuer Geist ein.

Die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen

ist durch den Krieg bisher nicht in dem Maße ungünstig beeinflußt worden, wie es bei Beginn des Krieges den Anschein haben mochte. Das Anfang August vom Reichstag angenommene Notgesetz hat bekanntlich die Krankenkassen allgemein auf die „Regelleistungen" beschränkt und die Beiträge auf 4½ Prozent festgesetzt, gestattet aber den leistungsfähigeren Kassen, neben den Regelleistungen durch die Satzung höhere Leistungen zu übernehmen und niedrigere Beiträge als 4½ Prozent des Grundlohnes zu erheben. Das Reichsamt des Innern hat nun Erhebungen darüber angestellt, wieviele Krankenkassen von der erwähnten Ermächtigung Gebrauch gemacht haben. Danach erheben, wie die „Medizinische Klinik" schreibt, niedrigere Beiträge 2091 Kassen; es gewähren mehr Leistungen 922 Kassen; es erheben niedrigere Beiträge und gewähren gleichzeitig höhere Leistungen 2589 Kassen. Insgesamt ist also fast bei der Hälfte der Krankenkassen eine für die Versicherten günstigere Gestaltung eingetreten. Von dem in genanntem Gesetze gleichfalls gegebenen Rechte, die Versicherung der Hausgewerbetreibenden durch statutarische Bestimmung aufrecht zu erhalten oder einzuführen, ist in 121 Fällen Gebrauch gemacht worden.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die „Regelung der Produktion" durch die Syndikate

erscheint in einem eigenartigen Licht durch die Mitteilung, daß, obgleich das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat schon im ersten Halbjahr 1914 den Zechen keine 50 Prozent ihrer Beteiligung am Koksabsatz des Syndikats mehr abnehmen konnte, doch seit dem 1. April 1914 infolge der weiteren Vermehrung der Verkokungsanlagen die Gesamtbeteiligungsziffer an Koks abermals um 545 000 auf 18 887 850 Tonnen erhöht werden mußte. Die Ueberproduktion an Koks ist also noch größer geworden.

Immer weitere Preiserhöhungen.

Der Zwickau-Lugau-Oelsnitzer Förder- und Verkaufsverband (Steinkohlenzechen) erhöhte ab 1. Januar 1915 die Preise für gröbste Kohlensorten um 15 Mk., für Mittelsorten um 12 Mk. für kleinste Sortiments, um rund 8 Mk. je Doppelwagen. Für Koks bleiben die Preise unverändert. Für Braunkohlenbriketts, für welche ein Syndikat nicht mehr besteht, sind die Preise von den meisten Werken schon vor längerer Zeit, wenn auch von verschiedenem Umfang, erhöht worden. Die oberschlesische Kohlenkonvention ließ gleichfalls eine Erhöhung ihrer Verkaufspreise um 50 bis 75 Pf. pro Tonne eintreten. Da die mitteldeutschen Braunkohlen- und Brikettwerke, die Kohlengruben im Ruhrgebiet und an der Saar ebenfalls ihre Verkaufspreise derart erhöhten, daß sie mindestens die letzten Hochkonjunkturpreise erreichen, zum Teil übersteigen, so ist nun der preistreibende Ring geschlossen. Wann werden die Werksbesitzer auch die seit Jahresfrist erfolgten Lohnreduzierungen rückgängig machen?

Das Siegerländer Eisensteinsyndikat

berichtet, im November habe die Förderung der Syndikatsgruben 140 928 Tonnen (Oktober 148 243), der Absatz 161 800 (Oktober 144 671) Tonnen betragen.

Neubelebung des belgischen Bergbaues.

Die „Kölnische Zeitung" (Nr. 1300) veröffentlicht einen vermutlich aus amtlichen Kreisen stammenden Bericht aus Brüssel über den Zustand in der belgischen Bergwerks- und Hüttenindustrie um die Mitte Dezember. Mit Freuden vernehmen wir, daß wieder der größte Teil der belgischen Kameraden Verdienstmöglichkeit gefunden hat und nun nicht mehr die ärgsten Kriegsschrecken ertragen muß. Dem Bericht entnehmen wir folgendes:

„Der Ausbruch des Krieges legte den gesamten Kohlenbergbau mit einem Schlag lahm und mit ihm die ganze übrige Industrie, namentlich die Eisenindustrie, die auf ihm beruhte. Mit der schon anfangs September durchgeführten vollständigen Besetzung der drei Bezirke ließ sich die deutsche Verwaltung angelegen sein, sogleich auch ihre Sorge und Arbeit der Wiederbelebung des Kohlenbergbaues zuzuwenden. Sie war die Voraussetzung, um auch andere Industrien mit der Zeit wieder beleben zu können und die Frage der Kohlenversorgung des Landes für den Winter zu lösen. In der Wiederbeschäftigung der brotlos gewordenen Arbeiter deckte sich zugleich das Interesse des belgischen Landes mit dem deutschen militärischen Interesse, für das eine beschäftigungslose Arbeitermasse im Rücken der deutschen Heere sicherlich eine Gefahr darstellen mußte. So wurde die Wiederinbetriebsetzung der Kohlenbergwerke von Lüttich, Charleroi und Mons eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben der deutschen Verwaltung, die ihrer Abteilung für Handel und Industrie zufiel. Mit ihrer Lösung befaßten sich der fachmännische Leiter dieser Abteilung, der Geh. Oberbergrat Dr. Bernhardt, mit Bergassessor Scheffer als Hilfsarbeiter. Als Kommissare der deutschen Verwaltung nahmen Bergwerksdirektor Wollersdorf für Lüttich, Bergrat Hesse für Charleroi und Namur, Bergassessor Martini für das Borinage an Ort und Stelle mit den Gesellschaften und Arbeitern die Wiederaufnahme des Betriebes in die Hand. Denn, wie hervorgehoben werden muß, es handelt sich hierbei nicht etwa um einen Betrieb der Bergwerke durch die deutsche Verwaltung, sondern um ihre Betriebsaufnahme durch die bisherigen Besitzer selbst, wobei die genannten Kommissare nur die als Fachleute berufenen Vermittler und Vertrauensmänner für die Beseitigung der technischen Schwierigkeiten abgeben, die dieser Wiederaufnahme des Betriebs durch die vorwiegenden militärischen Interessen, als Benutzung der Eisenbahnlinien, Besorgung der nötigen Rohstoffe, namentlich der Sprengstoffe, Bewegungsfreiheit der Arbeiter von ihrem Wohnsitz zu ihrer Arbeitsstätte usw., entgegenstehen. Fassen wir nun das Ergebnis dieses vereinten Wirkens in den Zahlen zusammen, die heute den Stand des Kohlenbergbaues in den drei Bezirken ziffermäßig zunächst durch die Zahl der unter und über Tage beschäftigten Arbeiter belegen, so ergibt in runden Zahlen die

	normale Arbeiterzahl	jetzige Arbeiterzahl	in Prozent
für Lüttich	38 000	18 500	48
für Charleroi	68 000	37 000	54
für das Borinage	40 000	30 000	75
	146 000	85 500	58

Insgesamt hat also über die Hälfte der belgischen Bergarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Dabei ist zu beachten, daß relativ diese Zahl noch höher anzuschlagen ist, da sicherlich mit und seit Ausbruch des Krieges ein vielleicht nicht unerheblicher Teil als wehrfähig zum belgischen Heer abgewandert ist.

Für die zeitigen Förderungsverhältnisse ist vorweg in Betracht zu ziehen, daß der Umfang der Arbeit, die den arbeitswilligen Bergleuten zugewiesen werden konnte, in den Bergwerken nicht gleichmäßig ist. Er wird mehr oder weniger durch örtliche Verhältnisse, die Zahl der Arbeiter, die Möglichkeiten des Abtransports usw. verschieden bedingt. So mußten z. B. in Mons für die Arbeiter mehr Feierschichten als anderswo eingelegt werden, weil der Zahl der Arbeiter nicht die gleichen Möglichkeiten des Abtransportes der Kohle entsprachen. Die Kanalschiffahrt ist hier noch gehemmt, und im übrigen beschränken hier wie in allen Bezirken die militärischen Interessen und Anforderungen an die Bahnlinien wesentlich das Maß und den Umfang ihrer Benutzung für den nicht unmittelbar für die Zwecke des Heeres bestimmten Gütertransport. In Charleroi und Lüttich, dessen Eisenbahnnetz von ganz besonderer strategischer Bedeutung und militärisch daher mehr als irgendein anderes in Anspruch genommen worden ist, steht andererseits den Gruben schon wieder der Wasserweg die Maas abwärts bis nach Holland und aufwärts bis Namur zur Verfügung. Daher kommt es, daß neben der Arbeiterzahl diese Verhältnisse für den Umfang der Förderung wesentlich mitsprechen. Die Zivilverwaltung schenkt natürlich auch dieser Frage des Abtransportes der Kohle dauernd ihre Aufmerksamkeit. Sie hat sich aber dabei auf den richtigen Standpunkt gestellt, diese Frage in Gemeinschaft mit den Hauptinteressenten selbst, den Bergwerksgesellschaften nämlich, zu lösen. Diese sind in der Tat auch in den Weg der Mitwirkung eingetreten, indem sie sich daran gemacht haben, die Beschaffung des nötigen rollenden Materials, sowohl wie Lokomotiven, Waggons usw., als auch des nötigen Bedienungspersonals in die Hand zu nehmen, so daß schließlich nur noch die Frage gesicherter und regelmäßiger Benutzung der Eisenbahnlinien bis zu einem gewissen, allerdings immer durch die militärischen Interessen bestimmten Grade Gegenstand des Einvernehmens zwischen der Industrie und der Militärbehörde bleibt. Neuerdings hat diese Frage einen weiteren Schritt vorwärts mit der Bildung eines „Verwaltungsrates der belgischen Eisenbahnen" gemacht, der sich die besondere Aufgabe gesetzt hat, die Zulassung von Massen- sowohl als Stückgütern in den Bahnverkehr zu regeln.

Was hiernach nun die Beförderungsverhältnisse in den verschiedenen Kohlenbezirken angeht, so stellen sich diese folgendermaßen dar: Es förderten Ende November durchschnittlich das Gebiet von Mons täglich 7500 Tonnen, Charleroi täglich 16 000 Tonnen (bei sonst 40 000 Tonnen täglich), und Lüttich wöchentlich 46 000 Tonnen (bei sonst 120 000 Tonnen). Der weitaus größte Teil dieser Förderung bleibt in Belgien. Für den Export kommt heute höchstens das Gebiet des besetzten Teiles von Nordfrankreich und das an den Lütticher Bezirk anstoßende holländische Gebiet in Betracht. In Friedenszeiten betrug hingegen der Export des belgischen Kohlenbergbaues gegen 75 v. H. seiner Gesamtförderung. Auch für das Wiederaufleben der anderen Industrien Belgiens hat die jetzige Kohlenförderung noch keine besondere, unmittelbar praktische Bedeutung. Zwar arbeiten heute auf den Cockerillwerken wieder 5000 von ungefähr 8000 Arbeitern, aber mit erheblichen Feierschichten und nur zur Erledigung der von früher noch vorliegenden Bestellungen. Außerdem sind die Cockerillwerke für diese teilweise Wiederaufnahme der Arbeit — auf gewisse, durch die Umstände bedingte Zeit — durch die besonderen Verhältnisse begünstigt, die seine Eisen- und Kohlenwerke auf verhältnismäßig kleinem Raume vereinen und dadurch sie über manche Schwierigkeiten, insbesondere für den Kohlentransport, hinwegheben, die für die anderen, kleineren Eisenwerke bestehen bleiben. Deshalb haben letztere im Lütticher Bezirk sonst auch nur in weit geringerem Maße die Arbeit wieder aufnehmen können. Ebenso ist auch von den Hochofen- und Stahlwerken des Bezirkes von Charleroi noch keines wieder in Betrieb aus dem Grunde, weil es ihnen unmöglich ist, die nötigen Rohstoffe herbei-

Die Menschheit muß den Krieg überwinden.

In der „Friedenswarte", dem bekannten Organ der Pazifisten (Friedensfreunde), ist ein Artikel veröffentlicht, dessen Gedanken durch die Persönlichkeit des Autors sehr bemerkenswert sind. Es ist ein Aufruf „an die Völker germanischen Blutes", und der ihn schrieb, ist der Freiherr Marschall v. Bieberstein, preußischer Landrat und Hauptmann des 1. Garderegiments. Der Verfasser hat das Erscheinen seines Aufrufes nicht mehr erlebt, denn er ist am 14. November auf französischer Erde gefallen. Und dieser Soldat im Felde schreibt nun:

„Wer diesen Krieg in vorderster Linie mitkämpft, wer sich vergegenwärtigt all das Elend, all den unsagbaren Jammer, den ein moderner Krieg einesteils durch die entsetzlichen Geschoßwirkungen unserer heutigen Waffen aller Art, anderenteils indirekt durch den wirtschaftlichen Ruin von Hunderttausenden bei den so kompliziert ineinandergreifenden ökonomischen Beziehungen der Völker untereinander hervorruft, der wird sich zu der Ueberzeugung durchringen müssen, falls er sie nicht schon vorher gehabt: die Menschheit muß den Krieg überwinden lernen; es ist nicht wahr, daß der ewige Friede ein Traum sei und noch dazu kein schöner, es muß, es wird eine Zeit kommen, die den Krieg nicht mehr kennt, und diese Zeit wird gegenüber der unsrigen einen gewaltigen Fortschritt bedeuten. Wie menschliche Gesittung den Kampf aller gegen alle überwunden, wie sich der einzelne hat gewöhnen müssen, sein Recht beim Staate zu suchen, nachdem der allgemeine Landfriede Blutrache und Einzelfehde abgelöst, so wird auch die Entwickelung im Leben der Völker Mittel und Wege finden, um die auftretenden unvermeidlichen Konflikte anstatt in den Formen des Krieges, in irgend welchen geordneten Verfahren zu erledigen, gleichgültig, wie wir uns die Einzelheiten denken wollen." —

Der „im Schützengraben am 18. Oktober 1914" geschriebene Brief fordert nun den Zusammenschluß aller germanischen Völker. „Wenn der Friede geschlossen, wenn die Landkarte Europas neu aufgestellt sein wird, dann sollten wir Germanen sorgen, daß dieses grauenhafte Gemetzel das letzte gewesen ist — ihr könnt es, wenn ihr wollt! Reicht uns die Hand zu dieser alsdann größten Tat der germanischen Rasse!" Man braucht nur diese Gedanken zu Ende zu führen: nämlich daß alle europäischen Völker zu einer friedlich-rechtlichen Gemeinschaft verknüpft werden mögen, und erkennt seinen berechtigten Kern. Aber das Zeugnis des tapferen Kriegers gegen den Krieg bleibt, von allen Schlußfolgerungen unberührt, ein wertvolles Dokument.

Wie die Schützengräben gemacht werden.

Ein Frankfurter Handlungsgehilfe, der im Felde in Nordfrankreich die Führung einer Kompagnie bei der Auswerfung neuer Schützengräben hatte, schreibt seiner Organisation folgende lebendige Schilderung:

„Wir nahmen nach dem Abzug der anderen Kompagnie unsere Plätze ein. Ich ging den Graben durch und schärfte nochmals jedem einzelnen meiner Leute die größte Wachsamkeit ein. Wir waren noch etwa 250 Meter vom Feinde entfernt und hatten den Auftrag, etwa 100 Meter vor unserer Stellung einen neuen Schützengraben auszuwerfen. Die Laufgräben waren schon gegen 80 Meter vorgetrieben. Ich machte der Kompagnie hiervon Mitteilung mit dem gleichzeitigen Befehl an die Zugsführer, mit den Arbeiten gegen 10 Uhr abends zu beginnen. Am rechten Flügel unserer Stellung — ich hatte mit meiner Kompagnie die Mitte — wird lebhaftes Schützenfeuer abgegeben, das sich immer weiter nach links ausdehnt und immer lebhafter wird. Von der anderen Kompagnie wird mir zugerufen, daß die Engländer angriffen; doch kann ich beim besten Willen nichts derartiges wahrnehmen. Jetzt beginnen auch die Engländer zu feuern, und zwar in ihrer gewohnten Weise. Alle Geschosse gehen zu hoch. Man hört nur das Summen der normalen und das Platzen der Dumdumgeschosse, denn zum größten Teil schießen die Engländer mit Dumdum. Jetzt beginnen auch die Maschinengewehre ihre Arbeit und auf einmal bekommen wir auch Schrapnellfeuer. Gerade vor und hinter unserer Stellung platzen die Geschosse oder gehen als Ausbläser oder Blindgänger, ohne Schaden anzurichten, nieder. Ich habe etwa zwanzig Meter hinter unserem Graben meinen Beobachtungsstand eingenommen. Zu allem Ueberfluß schießen die Engländer auch noch mit Leydockgranaten, deren betäubende Gase uns ganz grün färben. Da ich erkannte, daß die Engländer ihr rasendes Feuer nur eröffnet haben, um einen Angriff unsererseits abzuwehren, gebe ich für meine Kompagnie den Befehl zum Stopfen, der auch sofort ausgeführt wurde. Auch nach rechts und links wird dieser Befehl weitergegeben und bald fällt von unserer Seite kein Schuß mehr. Daraufhin wird auch das Feuer der Engländer schwächer, um zuletzt ganz aufzuhören. Jetzt breitet sich Friedhofsruhe über das ganze Gelände und ein Unbeteiligter würde kaum glauben, daß sich hier zwei erbitterte Gegner auf nahe Entfernung gegenüberliegen.

Nunmehr, nachdem es etwa 9 Uhr geworden ist, gehe ich mit den Zugsführern nach vorn, um die Linie für den auszuhebenden Graben festzustellen. Der Laufgraben muß noch etwa zwanzig Meter verlängert werden. Vor uns befindet sich ein Rübenfeld, das sich etwa hundertfünfzig Meter weit ausdehnt und bis an die englischen Drahtverhaue heranreicht. An diesem Felde entlang lasse ich die Trace für den neuen Graben ziehen. Wir gehen zurück, um alle Leute mit Schanzzeug nach vorn zu beordern, während die übrigen die Sicherung der Arbeiter übernehmen. Ich selbst beobachte vor dem neuen Graben mit einer stärkeren Patrouille, um einen feindlichen Angriff rechtzeitig zu erkennen und abzuwehren.

Als wir ungefähr anderthalb Stunden gearbeitet haben, beginnt plötzlich ein feindliches Maschinengewehrfeuer. Die Schüsse gehen dicht über unsere Köpfe hinweg und ich springe mit meinen Leuten schnell zurück in den neuen Graben, der schon ausreichend Deckung bietet, um wieder Ruhe abzuwarten. Doch schon kommen Granaten, die direkt in unsere Linie einschlagen. Auf meinen Ruf: „Alles schnell zurück!" eilt alles in die alte Stellung und nimmt volle Deckung, d. h. es kriecht ein jeder in sein Loch, das sich in der dem Feinde zugekehrten Seite des Schützengrabens befindet. Nach etwa zwanzig Granaten, die uns die Engländer senden, tritt wieder Ruhe ein, die ich dazu benütze, festzustellen, ob wir Verluste erlitten haben. Wie durch ein Wunder ist niemand verletzt worden. Ich ordne nun an, daß die Leute bis 2 Uhr ruhen sollen, um dann mit der Arbeit fortzufahren. Diese Arbeiten gehen dann auch ohne Unterbrechung glatt vor sich, so daß beim Tagesgrauen etwa hundertzwanzig Meter Schützengräben fertig ausgehoben sind. Der weitere Ausbau findet im Laufe des Tages statt und wird nur zeitweilig durch die kanadischen Scharfschützen gestört, die Schuß um Schuß in unsere Brustwehr senden, so daß unsere Leute die größte Vorsicht beobachten müssen.

Allerdings waren die Leute durch die Anstrengung sowohl als auch durch die Aufregung total erschöpft, so daß ich mich entschloß, den Bataillonsführer zu bitten, die Kompagnie schon nach 24 Stunden ablösen zu lassen. Unter Berücksichtigung der Verhältnisse war dieser sofort damit einverstanden und gegen 7 Uhr abends wurde die Kompagnie abgelöst, nachdem sich gegen Mittag noch ein feiner Sprühregen eingestellt hatte, der den ganzen Nachmittag anhielt. Wie freute sich da ein jeder auf das warme Essen und den Glühwein — die Verpflegung läßt nichts zu wünschen übrig, besonders an Rotwein wird nicht gespart — sowie auf das warme Zimmer, denn mit ganz wenigen Ausnahmen haben alle Leute für Heizgelegenheit gesorgt."

Bravo, Preußen, ich habe die Wurst!

Ein Feldwebel-Leutnant aus Dortmund, der sich seit Anfang des Krieges im Felde befindet, schreibt:

Vergangenheit, Zukunft, Gegenwart — alles ist mir Wurscht — ich denke nur noch an den Tod! Aber ab und zu gibts doch noch eine Episode, die einen aufheitert, hier in unseren Schützengräben (Nordfrankreich). Wir liegen 25 Meter mit den Franzosen auseinander und unterhalten uns gegenseitig, freilich ohne den Kopf über die Brüstung zu erheben. Da ruft ein Franzose eines Tages zu uns hinüber: „Avez-vous de la saucisse?" (Habt ihr Wurst?) Ich als Dolmetscher bejahte das und da rief der Franzose weiter: „Wir werfen Geld hinüber, gebt uns dafür eine Wurst!" Kurz darauf flog ein in Papier gewickeltes Fünfrankstück in unseren Schützengraben. Das war zu viel. Wir packen eine schöne Fleischwurst in Papier und auch ein Zweimarkstück und werfen beides hinüber. Das Zweimarkstück erreichte sein Ziel, aber die schöne Wurst blieb zwei bis drei Meter vom feindlichen Schützengraben entfernt liegen. Das war fatal. Wir sahen in kurzer Zeit mehrere Dutzend Käppis blitzschnell auftauchen und verschwinden und hatten schließlich mit den Leuten Mitleid. Ich rief ihnen zu, sie sollten sich die Wurst nur ruhig holen, wir würden nicht schießen. Und um mein Wort zu bekräftigen, befahl ich meinen Leuten, ihr Gewehr am Lauf anzufassen, um so den Franzosen den Kolben zu zeigen. Kaum war dieses geschehen, als ein junger Franzose aus dem Schützengraben sprang, die Wurst ergriff, sie hoch hielt und dann rief: „Bravo, Prussiens, j'ai la saucisse!" (Bravo, Preußen, ich habe die Wurst!) Und dann war er blitzschnell verschwunden.

zuschaffen. Eine Ausnahme machen nur die Walzwerke, insoweit sie in der Lage sind, vorgewalztes Blockmaterial, das sie noch auf Lager haben, zu verarbeiten. Das aber trifft auch nur wiederum auf die kleineren älteren Werke zu, nicht für die großen modernen Werke, deren technische Anlagen für ihre Antriebskräfte auf wesentlich andere Bedürfnisse — die Ausnutzung der Hochofengase — angewiesen sind. Im Anschluß hieran sei auch noch eines Irrtums gedacht, der, was die Lage und den Betrieb der berühmten Waffenmanufaktur von Herstal bei Lüttich angeht, in deutsche Blätter Eingang gefunden hat. Auch ihr Betrieb war natürlich mit dem Ausbruch des Krieges und der Besetzung des Lütticher Gebietes durch die deutschen Truppen sofort vollständig zum Stillstand gekommen. In deutschen Blättern hieß es dann, sogar neuerdings noch, daß die deutsche Heeresleitung den Betrieb der Waffenfabrik für ihre Rechnung und Bedürfnisse unter Ausnutzung des vorgefundenen Roh- und vorgearbeiteten Materials übernommen habe. Das ist nicht der Fall. Die deutsche Heeresleitung hat sich darauf beschränkt, das verwendbare Material, insbesondere die für die Geschoßfabrikation verwendbaren und transportfähigen Maschinen nach Spandau zu befördern, um sie dort für ihre Zwecke zu verwenden. Im übrigen ist die Lage der Lütticher Waffenarbeiter sehr traurig."

Aus den Unternehmerverbänden.

Eine kurze Frist für das Kohlensyndikat gewonnen.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat teilte durch Rundschreiben mit, daß die eingeforderten Erklärungen, sich des selbständigen Verkaufs bis zum 31. Januar 1915 zu enthalten, von allen Beteiligten rechtzeitig eingegangen sind. Damit hat das Kohlensyndikat eine Frist von einem Monat gewonnen. Wäre diese Verständigung nicht erzielt worden, dann hätte schon am 1. Januar 1915 der selbständige Verkauf für ab 1. Januar 1916 begonnen. Ob die gewonnene Frist ausreichen wird, alle Schwierigkeiten zu überwinden und eine Verständigung aller Beteiligten zu erzielen, ist sehr fraglich. Obwohl der jetzige Syndikatsvertrag erst Ende 1915 abläuft, wurde schon im Mai 1910 eine Kommission gebildet zur Führung der Erneuerungsverhandlungen, die aber trotz eifriger Arbeit ihrem Ziel nicht näher gekommen sind. In der Zechenbesitzerversammlung am 11. Dezember 1914 war beschlossen worden, daß der Entwurf des neuen Syndikatsvertrags einer auf den 23. Januar 1915 anzusetzenden Zechenbesitzerversammlung zur Unterschrift vorgelegt werden sollte, vorausgesetzt, „daß die bis zum 20. Dezember 1914 eingeforderten Erklärungen über die Verzichtleistung bis zum 1. Oktober 1915 auf Verkäufe ab 1. Januar 1916 sämtlich eingehen." Damit hätte man eine Frist von neun Monaten gewonnen. Doch darauf gingen nicht alle Zechenbesitzer ein und so begnügt man sich jetzt mit einer Frist bis zum 31. Januar 1915. Ob in dieser Zeit erreicht werden kann, was in fünf Jahren nicht möglich war, möchten wir bezweifeln.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Fortschritte der kommunalen Arbeitslosenfürsorge.

Was in Friedenszeiten als eine „Unmöglichkeit" oder als eine „unzulässige Unterstützung der Streikgewerkschaften" abgelehnt wurde, das beginnt sich in der Kriegszeit als eine hoffentlich dauernde Einrichtung einzubürgern: die Arbeitslosenunterstützung aus Gemeindemitteln in Verbindung mit der gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge (Genter System). Reich und Bundesstaaten haben von sich aus auch jetzt die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung abgelehnt, aber diese Aufgabe den Gemeinden zugewiesen und ihnen finanzielle Beihilfe zugesichert. Unsere Generalkommission hat sich in dieser Richtung bei der Reichsregierung verwandt und macht nun im „Korrespondenzblatt" auf Grund einer Ende September veranstalteten Umfrage interessante Angaben über den derzeitigen Umfang der kommunalen Arbeitslosenunterstützung. Anfang 1915 soll eine neue Umfrage stattfinden, deren Ergebnisse hoffentlich ein weit besseres Bild von der Unterstützungsaktion darbietet. Wenn sich auch während des Krieges die Zahl der lobenswerten Gemeinden bedeutend vermehrt hat, es bleibt doch noch das meiste zu tun übrig. Das „Korrespondenzblatt" schreibt hierzu: „So anerkennenswert es ist, daß verschiedene Gemeinden, zum Teil bereits in den ersten Kriegswochen, Fürsorge für die Arbeitslosen getroffen haben, so bedauerlich ist es, daß auch heute noch zahlreiche Gemeinden nicht das geringste auf diesem Gebiete taten. Es gibt in Deutschland 8740 Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern; davon 2441 mit 2000 bis 3000, 1028 mit 5000 bis 20 000, 223 mit 20 000 bis 100 000 und 48 mit über 100 000 Einwohnern. Die meisten der Gemeinden mit 2000 bis 5000 Einwohnern dürften in Industrie und Handwerk tätige Arbeiterschaft haben, die unmittelbar unter der Wirkung des Krieges leidet. Die Umfrage betreffend Arbeitslosenfürsorge erging an 800 Gewerkschaftskartelle. Von diesen wurden Angaben für 612 Gemeinden gemacht. Nach den Berichten ist nur in 301 dieser Gemeinden in irgend einer Form etwas für die Arbeitslosen getan. Auch das geringste, was nach dieser Richtung hin geschehen ist, wurde in unseren Tabellen verzeichnet, sei es auch nur die gelegentliche Gewährung von Naturalien, selbst wenn die Mittel hierfür aus Sammlungen oder von Privatpersonen kamen. Für 126 Gemeinden wird berichtet, daß keine oder nur sehr wenige Arbeitslose vorhanden sind. Es sind dies Orte, in denen die Industrie fast ausschließlich Kriegsmaterial herstellt, oder Grenzorte, in denen die männliche Bevölkerung bei Schanzarbeiten tätig ist. In letzteren Orten gibt es aber vielfach eine größere Zahl weiblicher Arbeitsloser, welche der Fürsorge dringend bedürfen." Wie nur ein Teil der Gemeinden eine geregelte Arbeitslosenfürsorge eingeführt hat, so gibt es nach den Ermittelungen der Gewerkschaftskartelle auch in der Art und Höhe der Unterstützungen sehr erhebliche Unterschiede. Die Arbeitslosenfrage ist eben noch nicht überall in ihrer vollen Bedeutung erkannt worden. Immerhin haben die Wirtschaftstheoretiker, die die Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln eine „Förderung der Faulenzer" nannten, schon einen gehörigen Klaps bekommen.

Gelbe Trugschlüsse.

Das im Schatten der Firma Krupp erscheinende Organ der Gelben, der „Werkverein", hält sich offensichtlich für nicht verpflichtet, in dieser Zeit den „Burgfrieden" zu achten. Wiederholt hat das Gelbenblatt, das von einem Herrn Dr. Karl Arnold redigiert wird, uns in den letzten Wochen angerempelt, was wir ignorierten, weil es nach dem Kriege immer noch Zeit ist, mit „Deutschnationalen" abzurechnen, die nichts Anstößiges in der Annahme von Geldgeschenken auch aus dem Portemonnaie ausländischer Kapitalisten finden. Wir haben es uns auch versagt, die wiederholten hämischen Auslassungen des „Werkvereins" über die „tote" Arbeiterinternationale zu beantworten, weil wir annehmen, daß dem Herrn Doktor am „Werkverein" die zwischen den chauvinistischen französischen Gelben und den „deutschnationalen" Gelben gesponnenen brüderlichen Fäden noch nicht ganz aus dem Gedächtnis entschwunden sind. Wenn ferner der „Werkverein" mit einem Lufthieb gegen die „Streikgewerkschaften" behauptet die Klagen über starke Lohnkürzungen usw. nach Ausbruch des Krieges beträfen die Betriebe, „wo die wirtschaftsfriedlichen nationalen Gedanken keinen Eingang gefunden haben", so genügt zur Widerlegung dieser abgrundtiefen Doktorweisheit der Hinweis auf die bergbehördliche Lohnstatistik. Gerade dort, wo nach dem Rühmen des „Werkvereins" der „wirtschaftsfriedliche nationale Gedanke" in den letzten Jahren die meisten Fortschritte gemacht haben soll, im Oberbergamtsbezirk Dortmund, ist der Bergarbeiterlohn im 3. Quartal 1914 am stärksten gedrückt worden! Um das zu wissen, braucht man doch wirklich nicht den „Doktor gemacht" zu haben, es genügt dazu die Kenntnis des kleinen Einmaleins. Zur Aufgabe unserer Reserve gegenüber den wiederholten Anrempelungen des Gelbenorgans nötigt uns sein jetzt erneuter Versuch, unumstößliche wirtschaftspolitische Erfahrungen im „wirtschaftsfriedlichen" Sinne umzumodeln. Der „Werkverein" kritisiert den sogenannten „Rechtfertigungsbericht der freien Gewerkschaften" über die Lohnbewegungen im Jahre 1913, indem der Herr Doktor die ohne Arbeitseinstellungen erzielten Arbeitererfolge den durch Streiks und nach Aussperrungen erreichten gegenüberstellt und dann schlußfolgert:

„Alljährlich liefern die freien Gewerkschaften den Beweis, daß die Befolgung der von den Werkvereinen angewandten wirtschaftsfriedlichen Verständigung mit geringem Kostenaufwand und ohne Lohnausfall auf allen Gebieten für die Arbeiter bedeutende Verbesserungen bringt, während die Gewinne der Arbeitseinstellungen, gewogen an den ungeheuren Unkosten, an dem Unglück der in Streit gezogenen Familien, nur geringe Vorteile abwerfen, für deren Dauer kein Mensch gutsagen kann. Trotzdem zahlen etwa 8 Millionen Arbeiter zu den freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Streikgenossenschaften (!) auf den Kopf jährlich fast 40 Mark, die für reine Wohlfahrtseinrichtungen viel nützlicher und gewinnbringender angelegt werden könnten."

Ist der Werkvereinsdoktor wirklich so naiv oder so unwissend, wie er sich gibt? Ist ihm wirklich nicht bekannt, daß alle „Streikgenossenschaften" seit ihrem Bestehen satzungsgemäß und praktisch vor der Proklamierung einer Arbeitseinstellung kein Mittel zur Schlichtung der Differenzen auf dem Verhandlungswege unversucht lassen? Ist dem Werkvereinsdoktor wirklich nicht bekannt, daß allen neuzeitlichen Bergarbeiterstreiks in Deutschland, von dem Waldenburger Streik im Jahre 1869 bis zu dem Hostenbacher Ausstand im Jahre 1914, arbeiterseits unternommene Verhandlungsversuche voraufgegangen sind, die jedoch regelmäßig von den Werksbesitzern abgewiesen wurden!? Dann erst kam es zu den Arbeitseinstellungen. Diese Geschehnisse sind doch so allgemein bekannt, daß man, sollte Herr Dr. Karl Arnold davon nichts wissen, sich wundern muß, mit wie wenig Kenntnissen man heutzutage „Doktor der Gesellschaftswissenschaften" werden kann. Wenn einer der führenden gelben Geister sich so kenntnisarm erweist, dann sind die gelben Trugschlüsse allerdings erklärlich. Zudem gibt es kein besseres Mittel zur weitgehendsten Vermeidung von Arbeitseinstellungen, als den Abschluß von Tarifverträgen auf der Basis legaler Anerkennung der beiderseitigen Berufsorganisationen. Jedoch sind gerade die Unternehmer, in deren Interesse der „Werkverein" wirkt, am allerschwierigsten zum Abschluß von Tarifverträgen zu bewegen, da sie die Anerkennung der Arbeitergewerkschaft in sich schließen. Ganz im Sinne ihrer Gönner verwerfen die Gelben die Tarifverträge, natürlich „zur Förderung des wirtschaftsfriedens".

Im übrigen fragen wir, ob dem Herrn Doktor nichts bekannt geworden ist von den großartigen vaterländischen Leistungen der „Streikgenossenschaften"? **Die freien Gewerkschaften haben in den ersten fünf Kriegsmonaten schon sicher ca. 20 Millionen Mark aus ihrem Vermögen an Arbeitslose und an Kriegerfamilien gezahlt!** Die „Streikgenossenschaften" der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine haben jedenfalls auch schon mehrere Millionen Mark für denselben Zweck verausgabt. **Was leisteten dagegen die Gelben, die sich rühmen, eine „gewaltige Bewegung" darzustellen? Sie sollen mal ihre Leistungen aus eigenem Vermögen** (nicht aus den Werkskassen oder allgemeinen Sammlungen) für die Notleidenden aufweisen. Die „Streikgenossenschaften" erfahren jetzt vielfache Anerkennungen aus ihnen sonst abgeneigten Kreisen. Das ist dem auf die systematische Verunglimpfung der „Streikgenossenschaften" eingestellten „Werkverein" natürlich fatal und er möchte sich als den „Staatsretter" in empfehlende Erinnerung bringen. Das nur ist der allzu deutlich erkennbar gemachte Zweck der gelben Schreibübungen. Bei Leuten, denen es nicht um die Förderung von engherzigsten Kasteninteressen zu tun ist, erfahren die „Werkvereins"-Empfehlungen die gebührende Abweisung. Es haben sich während des Krieges neue Korporationen zwecks Förderung gemeinnütziger Interessen gebildet. Die freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen „Streikgenossenschaften" arbeiten in diesen Korporationen Hand in Hand mit Vertretern von Behörden und Unternehmern. Die Gelben kommen dabei gar nicht in Betracht, weil sie von keinem ernsthaften Sozialpolitiker als Arbeitervertreter anerkannt werden.

Gegen die „Abenteuerpolitik"

eitlicher Leute in Deutschland, die meist nur ganz phantastische Mittel zur Verhinderung des jetzigen Weltkrieges diskutieren — ein Beginnen, das gewiß nicht von Gemütsrohheit, aber von totaler Verkennung der Tatsachen zeugt — wendet sich in zwei scharf zugespitzten Artikeln unser Bruderblatt, „Der Textilarbeiter", Organ des deutschen Textilarbeiterverbandes. Der sehr sachkundige Verfasser erörtert die Konkurrenzverhältnisse zwischen der deutschen und der englischen Textilindustrie, hebt das offenkundige Bestreben der englischen Kapitalistenschaft, die unbequeme deutsche Konkurrenz durch den gegenwärtigen Krieg zu vernichten, hervor, welches Bestreben auch die Lebensinteressen der vielen Hunderttausende deutscher Textilarbeiter und -Arbeiterinnen tödlich verwunden solle. Gegenüber dem unverantwortlichen Einwand der Abenteurerpolitiker, es könne den Arbeitern gleich sein, unter welchen kapitalistischen Herren sie lebten, schreibt der „Textilarbeiter", er sei der letzte, der die sozialen Mißstände in Deutschland beschönige, ob es jedoch ein sozialer Gewinn sei, etwa die überaus elenden wirtschaftlichen und politischen Zustände, unter denen die Lodzer (Russisch-Polen) Arbeiter seufzten, nach Deutschland zu übertragen? Eine Niederlage Deutschlands würde bei dem gegenwärtigen Stande der Volkswirtschaft die wirtschaftliche und politische Existenz Hunderttausender deutscher Textilarbeiter und -Arbeiterinnen verschlechtern, ungezählte völlig brotlos machen und eine Verschiebung der wirtschaftspolitischen Macht herbeiführen, die auch die Aussichten auf die Verwirklichung des sozialistischen Wirtschaftsideals in ganz unabsehbare Fernen rücken. Es sei übrigens sehr eigenartig, daß auch Personen, die früher selbst im „Textilarbeiter" das bittere Elend der russischen Arbeiter in den grellsten Farben schilderten, nun auf einmal phrasenhaft erklärten, es könne dem Arbeiter gleichgültig sein, in welchem Herrschaftsgebiet er lebe. Eine solche phantastische Abenteurerpolitik lehnten die denkenden Arbeiter entschieden ab.

Die Kulturarbeit der Gewerkschaften

beleuchtet in trefflicher Weise die „Süddeutsche Eisenbahn- und Postpersonal-Zeitung". Sie erinnert an die im Auslande gegenüber Deutschland bedeutend größere Zahl der Analphabeten (des Lesens und Schreibens ganz unkundige Menschen). Die Bildungsbestrebungen der deutschen Arbeiter seien weit bedeutender wie die der russischen, französischen, englischen usw.: „Ich weise auf unsere deutschen Gewerkschaften hin. Da erscheint die Gewerkschaftspresse in einer Auflage von rund 2¾ Millionen. Es bestehen an 291 Orten Aufenthaltsräume für Jugendliche mit Lesezimmer und Bibliothek. Von 1909 bis 1913 haben für Jugendliche allein 303 016 Vorträge stattgefunden. In 120 Arbeitersekretariaten und 211 Auskunftsstellen wird den Arbeitern Rat und Hilfe zur Verfolgung ihrer Rechtsansprüche erteilt, und es wurden rund 750 000 Auskünfte gegeben. Der Kostenaufwand für die Unterhaltung dieser Institute übersteigt die Summe von 700 000 Mk. jährlich. Alles das sind Kulturarbeiten von hohem Wert, weil sie das Kulturniveau des Volkes heben. In England und Frankreich haben kaum 20 Prozent aller Arbeiter je ein künstlerisch wertvolles Bühnenstück gesehen. Sie berauschen sich an den Darbietungen der Variétés und Tingeltangels. Von dramatischer Kunst haben sie keine Ahnung. Ihre eigenen Dichter sind den deutschen Arbeitern bekannter als ihnen selbst. Was bietet sich demgegenüber alles dem deutschen Arbeiter oder vielmehr was braucht demgegenüber der deutsche Arbeiter zur Befriedigung seiner Kulturbestrebungen? Wir sehen Tausende einfacher Arbeiter in den großstädtischen Theatern und Schauspielhäusern sich an klassischen Stücken erfreuen. Die Berliner Freien Volksbühnen hatten vor dem Krieg fast 70 000 Mitglieder. Wenn wir die Kluft der Allgemeinbildung zwischen russischen, französischen, englischen und zwischen deutschen Arbeitern ins Auge fassen, können wir erst recht verstehen, wie leicht eigentlich den feindlichen Regierungen das Lügen über deutsche Kultur und Sitten gemacht wird."

Das ist richtig gesagt. Aber wir möchten auch darauf verweisen, daß es in Deutschland übergenug Leute gibt, denen die Bildungsbestrebungen der Arbeiter recht unangenehm sind, Leute, die es mit dem Wort halten: „Die dümmsten Arbeiter sind die besten."

Verbote gegen die Gewerkschaftsblätter aufgehoben.

Das Generalkommando des 15. Armeekorps (Straßburg i. E.) verbot am 22. Oktober die Verbreitung von zehn Gewerkschaftsblättern im Bereich dieses Armeekorps. Dieses Verbot ist nunmehr laut Schreiben des Militär-Polizeimeisters vom 1. Dezember 1914 wieder aufgehoben worden. Im genannten Schreiben wird gesagt, daß die Freigabe unter der Voraussetzung erfolgt, daß die betreffenden Blätter keine sicherheitsgefährlichen Artikel mehr bringen. In Frage kommen hierbei folgende Gewerkschaftsblätter: „Verbandszeitung der Brauerei- und Mühlenarbeiter", „Die Gewerkschaft" (Gemeinde- und Staatsarbeiter), „Fachzeitung für Schneider", „Courier" (Transportarbeiter), „Grundstein" (Bauarbeiter), „Metallarbeiter-Ztg.", „Der Tabakarbeiter", „Deutscher Maschinist und Heiger", „Holzarbeiter-Zeitung", „Holzarbeiterfrauen-Zeitung", „Vereinsanzeiger" (Maler).

Internationale Rundschau.

Die amerikanischen Gewerkschaften,

die sich in der American Federation of Labour (Amerikanische Arbeitervereinigung) zentralisiert haben, hielten anfangs November in Philadelphia ihren Jahreskongreß ab. Jetzt erst liegt uns ein ausführlicher Kongreßbericht vor. Der American Federation of Labour waren im letzten September 2 020 671 Gewerkschaftsmitglieder angeschlossen, trotz der Wirtschaftskrise fast 25 000 mehr als im Vorjahre. Der Kongreß beschloß eine Anzahl Anträge und Resolutionen gewerkschaftspolitischen und allgemein politischen Charakters, die eine amerikanische Mischung von proletarischem Sozialismus und bürgerlich-demokratischen Reformbestrebungen darstellen. Der diese Richtung bestimmende Präsident der American Federation of Labour, Samuel Gompers, wurde mit seinen Vorstandskollegen ohne Gegenkandidaten von ca. ⅞ der Kongreßmitglieder wieder gewählt. Dem Kongreß wohnten auch J. A. Seddon, Mitglied der Fraktion der Arbeiterpartei des britischen Unterhauses, und J. Bellamy, Vertreter des 200 000 Mitglieder zählenden britischen Eisenbahnerverbandes bei. Amerikanische Zeitungen meldeten, die beiden Arbeiterführer seien über den Atlantischen Ozean gekommen, um unter der werktätigen Bevölkerung Kanadas gewissermaßen als Rekrutierungsagenten der Londoner Regierung tätig zu sein. Demgegenüber erklärten Seddon und Bellamy, sie seien von den englischen Arbeitern nach den Vereinigten Staaten geschickt worden, damit sie den „internationalen" (Arbeiter Kanadas und der Vereinigten Staaten umfassenden) Verbänden die Versicherung geben, **daß die Gewerkschaften der Vereinigten Königreiche trotz der Wildheit des Krieges keinen Haß gegen die organisierten Arbeiter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns hegen.** Der Wunsch der englischen Arbeiterpartei gehe dahin, daß, sobald nach dem entsetzlichen Schlachten Ort und Zeit der Friedensverhandlungen festgesetzt sei, am gleichen Ort und zu gleicher Zeit ein Weltkongreß der Arbeiter abgehalten werde, um einen Druck auf die Diplomaten der verschiedenen Länder auszuüben und einen dauernden Frieden herbeizuführen. Gleich zu Beginn des Gewerkschaftskongresses wurde eine Depesche verlesen, die Karl Legien in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und als internationaler Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen geschickt hatte. Der wesentliche Satz des Telegramms lautet: „Wir erhoffen eine baldige Beendigung des Krieges und die Wiedervereinigung der Arbeit, um den Kampf für unsere gemeinsamen Ideale fortsetzen zu können."

Japanische Bergarbeiterverhältnisse.

In kurzer Zeit haben sich jüngst in japanischen Kohlengruben zwei große Katastrophen ereignet, die mehrere hundert Menschenleben vernichtet hatten. Genaue Angaben fehlen; genug, der Bergmannstod hat auch wieder mal im östlichsten Asien reiche Ernte gehalten. Von den Bergarbeiterverhältnissen im „Lande der aufgehenden Sonne" wissen wir sehr wenig. Der Bergbau ist zwar dort schon uralt, nachweislich wurden in Japan bereits im siebenten Jahrhundert unserer Zeitrechnung Gold, Silber, Kupfer, Eisen, Kohle und Petroleum gewonnen. Aber die Gewinnungsmethoden blieben bis in die neueste Zeit hinein sehr einfach. Erst 1867 führte — nach einer Abhandlung der Tokyoter Hochschule für Handel und Landwirtschaft in dem Sammelwerk: Unser Vaterland Japan — ein Engländer den Gebrauch von Sprengstoffen ein. 1868 wurde der erste Schacht europäischen Systems gebaut. 1871 wurde die erste Ingenieurschule zum Studium des Bergwesens und der Metallurgie gegründet. Ausländer vereinigten sich mit inländischen Kapitalisten und rasch entwickelte sich ein großkapitalistischer Betrieb, keineswegs nach arbeiterfreundlichen Grundsätzen geleitet. Die Bergarbeiter scheinen auch in Japan eine ihre Bürgerrechte sehr beeinträchtigende Sonderstellung einzunehmen. Die Entwickelung Japans vom mittelalterlichen Feudalstaat zum modernen Industrie- und Handelsstaat ist fabelhaft rasch vor sich gegangen, aber meistens scheinen die Rechte der Lohnarbeiter noch nach feudalistischen Grundsätzen geregelt zu sein und wahrscheinlich befinden sich die Bergleute noch vorwiegend im Zustande der sozialen Rechtlosigkeit. Man hört wohl oft von gewerkschaftlichen Bestrebungen und Streiks der Buchdrucker, Eisenbahner, Metallarbeiter usw., jedoch fast nichts dergleichen von Grubenarbeitern. Ihre Arbeitsplätze liegen zumeist abseits von den großen Verkehrsadern — der bedeutende Kupferbergbau geht im Hochgebirge um —, es wird in Japan wohl so sein wie anderwärts, nämlich daß sich die Bergarbeitermasse noch mit Zuckerbrot und Peitsche regieren läßt. Die Bergwerks- und Hüttenproduktion ist nach der Einführung der europäischen Gewinnungsmethoden in starker Zunahme begriffen; namentlich an Kohlen und an Kupfererzen ist Japan reich. Es betrug die Gewinnung (in je 1000 Tonnen) an

	Kohlen	Petroleum	Roheisen	Kupfer
1892	3 176	—	19	20,7
1911	17 682	223	61	65,0

Außerdem wurden 1911 (letztes Jahr, für welches eine eingehende Statistik vorliegt) u. a. noch gewonnen: Gold, Silber, verschiedene andere Edelerze, Phosphor, Zinn, Zink, Salz. Die von der britischen Ministerialabteilung für Bergwesen herausgegebene Statistik des Bergbaues in den britischen Kolonien und im Auslande verzeichnet folgende Angaben. Im japanischen Bergbau wurden Personen beschäftigt:

	1910	1911
Kohlengruben	137 467	145 412
Erzgruben	74 786	72 614
Andere Gruben	12 034	10 278
Zusammen	224 237	228 304

Dazu kommen noch 81 329 Personen welche Ende März 1911, und 60 691, welche am gleichen Datum 1912 in der Salzindustrie beschäftigt waren. Die Verunglückungsziffer ist eine hohe. Durch Betriebsunfälle wurden getötet

	1910	pro 1000 Beschäftigte	1911	pro 1000 Beschäftigte
im Kohlenbergbau	307	2,29	497	3,42
im Erzbergbau	105	1,38	127	1,75
in anderen Bergbauen	15	1,50	17	2,05
Zusammen	425	1,91	641	2,81

Mit einer Todesziffer von 3,42 auf 1000 Kohlenbergleute stand Japan 1911 an zweiter Stelle unter den hauptsächlichsten Bergwerksstaaten. Die höchste Todesziffer hatten die Vereinigten Staaten von Nordamerika. An dritter Stelle stand Deutschland. Ausweislich einer von dem bundesamtlichen Bergwerksbureau in Washington herausgegebenen Statistik verunglückten im japanischen Kohlenbergbau in dem Jahrzehnt 1901/10 jährlich 300 Arbeiter oder 2,92 pro 1000 Beschäftigte tödlich. Eine weit höhere Zahl als in den europäischen Bergwerksstaaten. Nur die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo die Dollarkaiser die Arbeiterschutzgesetzgebung vorschreiben, sind in der Vernichtung von Bergmannsleben dem „Lande der aufgehenden Sonne" noch überlegen. Auch die Japaner sind bekanntlich nun „berufen", uns eine „höhere Kultur" zu bringen. Man kann den Japanern nur raten, mit der Hebung der Kultur gefälligst im eigenen Lande zu beginnen.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Osterfeld. Hier wurden vor Weihnachten die Bekanntmachungen des Kriegsministeriums und der Feldzeugmeisterei angeschlagen, wonach in den Waffen- und Munitionsfabriken nur am ersten Weihnachtstage gefeiert, an den anderen aber mit Rücksicht auf die Kriegslage gearbeitet werden sollte. Unter Berufung auf diese Bekanntmachungen wurde die Belegschaft ersucht, ebenfalls am zweiten und dritten Weihnachtstage zu arbeiten. Obwohl die Zeche dabei ein gutes Geschäft macht, sollen die Arbeiter dieses Opfer ohne jede Gegenleistung bringen. Das ist unbillig. Es werden zum Teil auch recht niedrige Löhne gezahlt, besonders im Revier 18, das vom Fahrhauer Gr. geführt wird, seit der Steiger Sch. zum Kriegsdienst eingezogen ist. Am 24. Dezember sagte Gr. zu Arbeitern: „Wenn ihr die Feiertage nicht arbeiten wollt, dann wollte ich, daß ihr am ersten Feiertage alle eingezogen würdet." Es ist erklärlich, daß die Arbeiter wenig davon erbaut sind, der millionenreichen Gutehoffnungshütte ohne besondere Gegenleistung die Feiertage zu opfern; eine solche Bemerkung ist da wirklich nicht angebracht.

Gewerkschaft Ewald Fortsetzung. Wie uns von hier mitgeteilt wird, hat der Fahrsteiger R. den Abnehmer J. D. am 14. Dezember 1914 am achten südlichen Aufbruch ins Genick gestoßen und ihm eine Ohrfeige versetzt. Dem Abnehmer ist nicht bekannt, warum das geschehen ist. Aber selbst wenn er dazu Veranlassung gegeben hätte, durfte der Fahrsteiger ihn nicht schlagen. Es ist wirklich bedauerlich, daß derartiges auch in dieser ernsten Zeit noch vorkommen kann. Die Löhne sind teilweise auch recht niedrig und stehen mit der verteuerten Lebenshaltung nicht im Einklang. Es sind Hauerlöhne unter 5 Mk., sogar unter 4 Mk. verdient worden. Auch über einige andere Beamte wird geklagt. Gerade in dieser schweren Zeit sollten die Beamten doch alles tun, um Differenzen mit den Arbeitern zu vermeiden.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Mansfelder Gewerkschaft. Neuerdings ist auf den Werken dieser Gewerkschaft das Ueberschichtensystem eingeführt worden mit der Begründung, daß der Staat das Kupfer notwendig brauche. Man hört aus dem Munde der Beamten sogar die Redensart, daß die gesteigerte Schufterei eine „patriotische Pflicht" der Arbeiter sei. Wie steht es aber mit der patriotischen Pflicht der Gewerkschaft bei der Entlohnung? Da hapert es stark. Trotzdem die beim Verkauf erzielten Preise außerordentlich hoch sind, werden die Gedinge stellenweise noch gekürzt, obwohl die Löhne sowohl zu den hohen Kupfer- als auch zu den hohen Lebensmittelpreisen in argem Mißverhältnis stehen. Das ist ja auch der Zweck der Ueberschichtenwirtschaft. Hierzu gesellt sich noch das Abzugssystem, wobei oftmals den Bergleuten bis zu 60 Wagen Förderung im Monat gestrichen, also nicht bezahlt werden. Daß dabei viel gute Förderung auf die Halde geworfen wird, ist ja der Gewerkschaft nur zum Vorteil. Denn die läßt jetzt die alten Halden umgraben und macht sicher ein gutes Geschäft dabei. Im Grunde genommen ist der Gewinn aus dieser Unternehmung natürlich nichts weiter, als den Bergleuten zurückbehaltener Lohn. Da die Zufuhr von Kupfer aus dem Auslande fast ganz aufgehört hat, verfügt die Mansfelder Gewerkschaft gegenwärtig über eine Monopolstellung gegenüber dem Reich. Man sollte es daher für selbstverständlich halten, daß auch ausreichende Löhne gezahlt werden. Eine eigenartige Weihnachtsfreude wurde den Arbeitern durch den Aushang der Bekanntmachung des Kriegsministeriums bereitet, worin aufgefordert wird, am zweiten und dritten Weihnachtstage zu arbeiten. Allerdings wurde den über 20 Jahre alten Arbeitern dafür ein Aufschlag von 1 bis 1,50 Mk., den unter 20 Jahre alten Arbeitern von 50 bis 75 Pf. versprochen. Bei den ohnehin schon zu niedrigen Löhnen ist das aber wenig genug. In einem anderen Aushang wurde auf die im Felde stehenden Kameraden hingewiesen, die doch auch keinen Sonntag hätten, die Arbeiter seien es daher dem Vaterlande schuldig, an den Weihnachtsfeiertagen zu arbeiten. Es muß demnach Arbeitermangl herrschen. Trotzdem bringen es verschiedene Beamte noch fertig, mißliebigen Arbeitern mit dem Hinauswurf zu drohen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bergleute grundsätzlich von der Einberufung zurückgestellt?

Auf eine Eingabe des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund an den stellvertretenden General des VII. Armeekorps in Münster, die im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Beamten grundsätzlich von der Einberufung auszuschließen, ist nach der „Kölnischen Volkszeitung" (Nr. 2 vom 1. Jan. 1915) folgender Bescheid ergangen:

„Auf die Eingabe des Vereins vom 8. Dezember 1914 teile ich ergebenst mit, daß die Bezirkskommandos bereits mit Anweisung versehen sind, **die im Bergbau beschäftigten ausgebildeten und unausgebildeten Landsturmpflichtigen grundsätzlich von der Einberufung zurückzustellen**, jedoch mit der Einschränkung, daß über Tage beschäftigte Arbeiter nur dann zurückzustellen sind, wenn der Nachweis geführt wird, daß es nicht möglich ist, sie durch ungelernte Arbeiter aus der Zahl der Arbeitslosen zu ersetzen."

Nach Mitteilungen aus Kameradenkreisen sind auch in den letzten Wochen noch Bergleute einberufen worden. Das steht mit dem vorstehenden Bescheid nicht in Einklang.

Ein neues Radbod-Unglück.

Das von vielen Belegschaftsmitgliedern befürchtete Unglück ist da. Am 1. Januar, nachmittags, geriet im Revier 10 Flöz 14 in Brand, der wahrscheinlich eine kleinere Schlagwetterexplosion verursachte. Nach den bisherigen Meldungen ist ein Mann tot, sechs schwer verletzt. Eine größere Anzahl bewußtlos aufgefundener Kameraden konnte durch Sauerstoffbehandlung dem Leben wieder zurückgegeben werden. An die Unglücksstelle stößt Revier 6 an, in dessen Flöz 14 seit fast zwei Monaten ein Brandherd wütet, gegen den aber anscheinend nicht die genügenden Gegenmaßregeln getroffen wurden. Tatsächlich befürchteten die an der gefährdeten Stelle arbeitenden Kameraden seit Wochen eine Katastrophe.

Beisitzerwahlen zum Berggewerbegericht verschoben.

Die Berggewerbegerichtsbeisitzer werden bekanntlich auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der Beisitzer aus und finden Neuwahlen statt. Die 1908 im Bereich des Berggewerbegerichts Dortmund gewählten Beisitzer müßten mithin Ende 1914 ausscheiden und Neuwahlen stattfinden. Diese Wahlen sind jedoch verschoben worden. Den Beisitzern der einzelnen Spruchkammern ging folgendes Schreiben zu:

„Ich setze Sie davon in Kenntnis, daß der Bundesrat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (R.G.Bl. S. 327) die Amtsdauer der Beisitzer der Gewerbegerichte, soweit sie vor dem 31. Dezember 1914 abläuft und die Neuwahlen nicht bereits stattgefunden haben, bis zum 31. Dezember 1915 verlängert hat."

Kriegsgefangene als Bergarbeiter.

„Ueber die Verwendung von Kriegsgefangenen in Kohlenzechen" brachte die „Kölnische Zeitung" vom 24. Dezember 1914 folgende Zuschrift:

„Der in Nr. 1373 der „Köln. Ztg." veröffentlichte Wochenwirtschaftsbericht weist auf die Schwierigkeit der Erweiterung der Kohlenförderung hin, die bedingt sei durch die Belebung des Eisengeschäfts. Die Schwierigkeit liege in der zu starken Reduktion der Belegschaft infolge des Heeresdienstes. Dabei wird zugleich die anderweitig bereits erörterte Frage aufgeworfen, ob eine Verwendung von Kriegsgefangenen unter Tage angängig sei, um ein Angebot der Nachfrage entsprechend zu gestalten. Dem Einsender dieses ist bekannt, daß zur Zeit des Krieges 1870/71 eine Anzahl französischer Kriegsgefangener im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier unter Tage beschäftigt worden sind. Die „Festschrift zur Einweihung des neuen Rathauses zu Herne" von Oberbürgermeister a. D. Schäfer, erschienen 1912, weiß hierüber zu berichten (Seite 21). Welche Erfahrungen hierbei gemacht wurden, ist freilich unbekannt. Sie können jedoch nicht sonderlich trübe gewesen sein, denn die betreffende Schrift sagt nichts hierüber. Es ist nicht abzusehen, warum nicht auch in der jetzigen Zeit die Verwendung von Kriegsgefangenen zu Grubenarbeitern erfolgen kann. Vorerst kämen dabei natürlich die gelernten belgischen Bergarbeiter in Frage. Es würde dabei ein regelrechtes Arbeitsverhältnis der zu verwendenden Gefangenen gegenüber dem Bergbetriebe vorteilhaft erscheinen, um nach Möglichkeit jeder Gehässigkeit die Spitze zu brechen. Der erwünschte Zustand der Gefangenschaft braucht darunter nicht zu leiden. Es wäre Sache der Militärbehörde, dies in entsprechender Weise zu organisieren. Zur Unterdrückung irgendwelcher Vorkommnisse, die vor allem dazu angetan wären, den betreffenden Grubenbesitzer zu schädigen und die Sicherheit des Betriebes zu gefährden, würde militärische Bewachung, die ohnedies ja erforderlich ist, geeignet erscheinen. Im Interesse unseres wichtigsten Wirtschaftszweiges wäre ein Versuch angebracht."

Dazu bemerkt die „Kölnische Zeitung": „Dazu ist zu bemerken, daß in der oben erwähnten Festschrift der Stadt Herne die Beschäftigung von französischen Kriegsgefangenen in den Herner Zechen nur nebenbei bemerkt ist. Nach unseren Erkundigungen bei dem Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund sind indes französische Kriegsgefangene während des Krieges 1870/71 nicht nur auf den Zechen in der Umgegend von Herne, sondern auch auf anderen Zechen beschäftigt worden. Die Militärbehörden haben damals den Gesuchen um Ueberweisung von Kriegsgefangenen bereitwilliges Entgegenkommen gezeigt. Die Erfahrungen, die man auf den Zechen mit diesen Arbeitskräften machte, waren allerdings sehr verschieden. Während einige Zechen sich schon bald genötigt sahen, die Gefangenen wegen Insubordination wieder abzuschieben, war man auf anderen Zechen mit ihren Leistungen und ihrer Führung durchaus zufrieden. Die Besorgnis, daß es zu Streitigkeiten zwischen den Gefangenen und den einheimischen Arbeitern kommen könne, stellte sich allerwärts als unbegründet heraus."

Schon bald nach Kriegsbeginn empfahl ein Herr J. B. aus Hagen in einer Sprechsaalnotiz der „Rhein.-Westf. Ztg." (Nr. 942 vom 14. August 1914) die Beschäftigung Kriegsgefangener im Bergbau. Hiergegen wandten wir uns in Nr. 84 der „Bergarbeiter-Zeitung" vom 22. August. Wir wiesen dabei auf die Gefahren hin, die daraus für die übrige Belegschaft entstehen können, und betonten, daß genügend einheimische Arbeitskräfte zur Verfügung ständen, die zunächst einmal eingestellt werden sollten. W. T. B. teilte hierauf amtlich mit, daß nirgends die Absicht bestände, Kriegsgefangene im Bergbau zu beschäftigen, „solange für die fragliche Beschäftigung einheimische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen". Obwohl es dann auch in der Folgezeit an einheimischen Arbeitskräften nicht mangelte, trat doch ein anderes Unternehmerorgan, die „Industrie" (Nr. 190 vom 23. September 1914) für die Beschäftigung Kriegsgefangener im Bergbau ein. Auch hiergegen wandten wir uns in Nr. 40 der „Bergarbeiter-Zeitung" vom 3. Oktober. Daß es der „Industrie" wohl nur um billige Arbeiter zu tun war, ergab sich schon aus dem Satz: „Ganz unentgeltlich werden die Gefangenen nicht beschäftigt werden können." Nicht ganz, aber doch teilweise unentgeltlich hoffen die Grubenbesitzer Kriegsgefangene erhalten zu können, nur darum wird ihre Beschäftigung gefordert. Müßte den Kriegsgefangenen für gleiche Leistung der gleiche Lohn gezahlt werden wie den einheimischen Arbeitern, würde diese Forderung wohl gar nicht erhoben. Unter diesen Umständen läßt sich eine Beschäftigung Kriegsgefangener im Bergbau auch volkswirtschaftlich nicht gutheißen, solange noch einheimische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Die Grubenbesitzer würden damit allerdings ein Extrageschäft machen, aber auf Kosten derjenigen, die dann keine lohnende Beschäftigung finden könnten. Dafür sind wir nicht zu haben.

Wenn übrigens wirklich Arbeitermangel herrschte, müßten die Löhne steigen, weil sie sich wesentlich nach Angebot und Nachfrage regeln. Ist das Angebot an Arbeitern größer wie die Nachfrage, sinken die Löhne, ist aber die Nachfrage nach Arbeitern größer wie das Angebot, steigen dieselben. Nun sind aber nach der amtlichen Lohnstatistik die Löhne auch im 3. Vierteljahr (Juli, August, September) 1914 noch weiter gesunken, ein Beweis, daß das Angebot an Arbeitern noch immer die Nachfrage übersteigt; so ist es auch in den folgenden Monaten geblieben, fortgesetzt wurden uns Lohnabzüge gemeldet.

Aber selbst wenn Arbeitermangel herrschte, müßten wir uns gegen eine Beschäftigung Kriegsgefangener im Bergbau wenden. Ein großer Teil Kriegsgefangener ist sicher nicht von den besten Gefühlen gegen Deutschland erfüllt. Solche Leute dürfen aber nicht im Bergbau beschäftigt werden, weil dort tausenderlei Möglichkeiten bestehen, nicht nur den Betrieb, sondern auch die deutschen Arbeiter zu gefährden. Die Gefahren des Bergbaues sind ohnehin groß genug, sie durch Beschäftigung haßerfüllter Gegner noch erhöhen, hieße das Schicksal herausfordern.

Ob 1870/71 Kriegsgefangene im Bergbau beschäftigt, ob damit gute oder schlechte Erfahrungen gemacht wurden, kommt für die jetzigen Verhältnisse gar nicht in Betracht. Damals wurde der Bergbau meist nur in sehr geringer Tiefe betrieben, fast überall konnten noch offene Lampen in den Gruben benutzt werden, die Schlagwetter- und anderen Gefahren waren darum viel geringer wie heute. Mit der zunehmenden Tiefe der Gruben haben auch alle Gefahren zugenommen, der Betrieb ist komplizierter und schwieriger geworden. Die offene Lampe ist längst überall aus den Gruben verschwunden. 1870/71 betrug die durchschnittliche Belegschaftszahl pro Werk im Oberbergamtsbezirk Dortmund 234, 1913 2495. Das ist ein großer Unterschied. Ein Vergleich, wie ihn die „Köln. Zeitung" macht, ist schon darum nicht mehr möglich.

Wir sollten aber auch nicht vergessen, daß viele unserer Volksgenossen in feindliche Kriegsgefangenschaft geraten können und wir wären sicher wenig erbaut, wenn sie im Bergbau beschäftigt würden. So hat z. B. Rußland Bergwerke in Ostsibirien, im Ural, Kaukasus usw. Was würden wir sagen, wenn unsere kriegsgefangenen Bergleute dorthin verschleppt und nach russischen Methoden ausgebeutet würden? Schon dieser Umstand sollte von solchen Vorschlägen abhalten, wie sie nacheinander von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", der „Industrie" und der „Kölnischen Zeitung" gemacht wurden.

Königreich Sachsen.

Der „Burgfrieden" im sächsischen Braunkohlenbergbau.

Der Deutsche Braunkohlenindustrieverein in Halle a. S. forderte in einer Eingabe an das Ministerium des Innern im Oktober 1914 für die Dauer des Krieges die Aufhebung des Verbots der Beschäftigung russisch-polnischer Arbeiter. Es handelt sich hierbei um die russischen Arbeiter im wehrpflichtigen Alter von 17 bis 45 Jahren, welche als Kriegsgefangene behandelt werden. Hiergegen wandte sich unser Verband in einer Eingabe vom 12. November 1914, worin begründend ausgeführt wurde, daß einheimische Arbeiter genug zu haben wären, wenn die Braunkohlenwerke nur ausreichende Löhne zahlen wollten. Hierzu seien dieselben auch sehr gut in der Lage, denn Dividenden von 10 bis 12 Prozent und höher bildeten fast die Regel, aber auch solche von 18, 20, 22, 24, 25, 26, 27, 30, 55 und 60 Prozent seien in den letzten Jahren zur Auszahlung gelangt. Die Löhne der Arbeiter aber seien demgegenüber für die außerordentlich schwere Arbeit viel zu niedrig, trotzdem gingen dieselben noch weiter zurück. Vor allen Dingen aber würden von den einzelnen Werksverwaltungen gemaßregelte Arbeiter, die sich für ihre Organisation betätigt und Vertrauensposten innegehabt hätten, auch während des Krieges nicht wieder eingestellt.

Aehnlich liegen die Verhältnisse auch im Leipzig-Bornaer Braunkohlenrevier. Eine verhältnismäßig große Anzahl Russen, die sich in den letzten Jahren bis zum Kriegsausbruch stetig vermehrte, wurde hauptsächlich auf den Tagebauwerken sogar mit Vorliebe beschäftigt. Mancher Betriebsleiter stellt viel lieber russische als deutsche Arbeiter ein, auch während des gegenwärtigen Kriegszustandes. Die meisten fremden Arbeiter werden direkt auf den Werksanlagen interniert und sind dadurch den Interessen der Werke nützlicher als die hiesigen Arbeiter. Nicht zuletzt auch in punkto Entlohnung. Durch die leichtere Gewinnung der Kohle aus den Tagebauen und die Beschäftigung ausländischer Arbeiter werden die Löhne und Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter immer schlechter. Bestritten soll die Arbeiterfreundlichkeit und -Fürsorge der Werke nicht werden, denn es sind fast auf allen Gruben Kriegsunterstützungen für die Familien Einberufener eingeführt worden, wozu selbstverständlich auch die zurückgebliebenen Arbeiter ihren Teil beitragen müssen. Zu wundern braucht man sich aber über das Wohlwollen der Werksverwaltungen in dieser Zeit nicht, denn vornehmlich die Tagebauwerke, die die Konkurrenz in der Braunkohlenindustrie beherrschen, zahlen ganz erbärmliche Löhne in dieser teuren Zeit. Stundenlöhne von 32 bis 38 Pf. und noch niedriger bilden die Grundlage des Lohnsystems. Verhältnismäßig schlechter sind die Gedingesätze in der Förderung. Die große Niederlausitzer Braunkohlengewerkschaft zahlt auf ihrer Grube Kraft II bei Deutzen 6 bis 14 Pf. für den Wagen Kohle, der 8½ Hektoliter faßt. Die Witznitzer Kohlenwerke zahlen 10 Pf. im Durchschnitt für den Wagen, der aber auch 10 Hektoliter Kohle aufnimmt. Nicht höher sind die Gedingesätze bei der böhmischen Gewerkschaft Duxer Kohlenwerke auf der Grube Dora und Helene bei Großzössen. Wenn ein Gedingearbeiter 30 Mk. in der Woche verdienen will, so muß er für sein Teil etwa 3000 Hektoliter Kohle fördern. Ein Familienvater, der auf diesen Gruben im Schichtlohn arbeitet, muß bei den teuren Lebensverhältnissen bei voller Beschäftigung mit seiner Familie Not leiden, denn berücksichtigt man die hohen Abzüge, die hohen Wohnungsmieten, die in der Bornaer Umgebung fast übertrieben hoch sind, ferner Steuern und Abgaben, so bleiben von den 20 Mark Wochenlohn, manchmal ist es noch nicht einmal so viel, herzlich wenig für den Lebensunterhalt für die Familie übrig. Die Arbeiter in der Förderung können nur dann ein paar Mark mehr verdienen, wenn sie alle Kräfte aufbieten. Man kann sich wohl vorstellen, was ungefähr dazu gehört, bei solchen Gedingesätzen und Wagengrößen, wie oben angeführt, einen angemessen besseren Verdienst zu erzielen. Da nur die umliegenden Tiefbauwerke, deren Gestehungskosten begreiflicherweise höher sind als bei den Tagebauwerken, unter der Konkurrenz der letzteren zu leiden haben, aber die Interessen aller Bergwerksunternehmer die gleichen sind, so geht es den Tiefbaubergleuten durchaus nicht besser. Erst im Laufe des Jahres sind auf einzelnen Gruben die Schichtzeit verlängert und die Gedingesätze erheblich verkürzt worden und zwar mit der Motivierung, weil sonst die Gruben nicht standhalten könnten. Diese Zustände bessern sich durch den jetzigen Arbeitermangel durchaus nicht, weil diese Werke nicht prosperieren. In verschiedenen deutschen Bergbaurevieren gibt es auch heute noch sogenannte Deputatkohlen, welche die Arbeiter als Gratifikation erhalten, wenn sie eine bestimmte Wartezeit hinter sich haben. Bei anderen Bergwerksgesellschaften erhalten die Arbeiter die Feuerung zur Hälfte des regulären Preises, aber im sächsischen Braunkohlenbezirk wird die Feuerung für die Arbeiter höchstens 5 bis 10 Pf. unter dem normalen Detailpreis abgegeben. Selbst auf Gruben, die täglich viele Tausende von Zentnern produzieren. Auch in verschiedenen anderen Punkten der Arbeiterwohlfahrt steht dieser Bezirk, dessen Kohlenindustrie sich so gewaltig gehoben hat, gegen andere noch weit zurück. Darum beschäftigt man auch lieber ausländische Arbeiter!

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 2. Woche (vom 3. bis 9. Januar 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Lokalbeitrag.

Die Zahlstellen Berghofen, Brambauer I u. II, Marten und Zeitz sowie Deusen sind berechtigt, ab 1. Januar und die Zahlstelle Meuselwitz ab 1. Februar 1915 pro Woche und Mitglied 5 Pf. Lokalbeitrag zu erheben.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, den Lokalbeitrag zu zahlen. Nichtzahlung hat die Entziehung statutarischer Unterstützungen zur Folge.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

Eigen. Anfang Januar.
Kirchhörde. Vom 1. bis 15. Januar.

Sterbetafel

Im Dezember 1914 sind folgende Mitglieder gestorben:

Ludwig Kampmann, Witten.
August vom Bruch, Haarzopf.
Erdmann Langer, Mengede.
Franz Ulianczyk, Herne I.
Julius Triebe, Altenrade.
Max Raabe, Rehmsdorf.
Heinrich Hermanny, Wickede.
Adolf Lehr, Fellhammer.
Amand Dinter, Kamen I.
Heinrich Uhde, Linden (Ruhr).
Bernh. Kettemer, Wattenscheid I.
Karl Oldenburg, Langendreer I.
Karl Koloschat, Holthausen-Bürnig
Aug. Penkert, Niederhermsdorf.
August Gazemeier, Bockum-Hövel.
Max Scheffler, Lugau.
Anton Pezdewschek, Marxloh I.
Karl Weckmann, Obermarxloh.
Wenzel Stoff, Niederwürschnitz.
Fritz Langer, Kamen III.
Wilhelm Käufer, Kruckel.
Reinh. Reichenbach, Ilidenhain.
Friedrich Martin, Merseburg.
Albin Löys, Neukirchberg.
Joh. im Spring, Mülheim I.
Paul Ludwig, Herten.
Josef Foreyt, Erkenschwick.
Gustav Fremder, Staßfurt.
Robert Bohusak, Bündheim a. H.
Wilhelm Fuhr, Eichholz.
Richard Thurm, Meuselwitz.
Fritz Alscher, Bochholt.
Johann Zellsko, Penzberg.
Hermann Stiehler, Zwickau.
Johann Gutschke, Herne I.
Ferd. Mummenhoff, Wattenscheid I
Nickert, Meuselwitz.
Friedrich Windisch, Niederhaßlau.
Paul Wenzel, Staßfurt.
Karl Schlüter, Dahlh.-Hörsterholz.
Ludwig Zettler, Selm.
Josef Völkel, Waldenburg.
Paul Jähnel, Schmidthorst.
Heinrich Waldek, Dorstfeld.
Paul Schwarze, Lintfort.
Franz Budek, Rotthausen.
August Schüler, Harpen.
August Czullai, Sinsen.
Franz Polioka, Ickern.
Heinr. Fellkamp, Gelsenkirchen VII
Otto Flume, Höchsten II.
Ernst Kupke, Triebel.
Josef Grzegorzitza, Ludgerstal.
Ludwig Szenne, Stadthagen.
Alfred Moar, Wattenscheid II.
Karl Gey, Breitingen-Regis.

Wir werden das Andenken der Verstorbenen in Ehren halten!

Für den Unterstützungsfonds

der Angehörigen der zur Fahne einberufenen Mitglieder gingen folgende Beträge ein:

a) In bar: Zahlstelle Bodelschwingh (Bez. Castrop) 120,—, Marxloh III (Bez. Oberhausen) 15,95, Langenbochum (Bez. Recklinghausen) 8,70 Mk.

b) In bar auf Sammellisten: Graf, Liste Nr. 1: 2,50, Nr. 638: 22,50, Nr. 678 und 679: 17,—; Plauenscher Grund, Liste Nr. 1315: 8,50, Nr. 1317: 7,60, Nr. 1319: 6,50, Nr. 1322: 8,60, Nr. 1323: 7,50, Nr. 1324: 11,40, Nr. 1327: 13,—, Nr. 1328: 3,85, Nr. 1329: 10,70, Nr. 1330: 11,50, Nr. 1332: 7,95; Bezirk Bayern, Liste Nr. 939: 2,—, Nr. 942: 6,—; Bezirk Zeitz, Liste Nr. 1135: 8,10, Nr. 1258: 20,75, Nr. 1257: 10,35, Nr. 1256: 12,60, Nr. 1284: 5,60, Nr. 1286: 12,50, Nr. 1627: 14,10, Nr. 1621: 16,05, Nr. 1638: 17,50, Nr. 1637: 2,40, Nr. 1618: 3,25, Nr. 1611: 17,70, Nr. 1632: 13,70, Nr. 1631: 13,70, Nr. 1630: 22,55 Mk.

c) Für Festkarten: Plauenscher Grund, Festkartenüberschuß 14,—, Bodelschwingh 3,— Mk.

d) Freiwillige Beiträge von Knappschaftsältesten: H. Althof-Marten 20,—, J. Sanders-Katernberg 25,—, K. Lütge-Varney, Durchholz, 15—, Obgm.-Dortmund 20,—, Adam-Lütgendortmund 16,—, Bartosch-Essen 12,—, Huppermann-Marten 16,—, Jentsch-Gelsenkirchen 25,—, Kusenberg-Unna 30,—, Buscher-Kamen 32,—, Jahn-Gladbeck 33,—, Schlosser-Oespel 17,—, Fischer-Dortmund 28,—, Frank-Horstmar 16,—, Schmidt-Kray 16,30, Kellermann-Kray 16,30, Weber-Kray 16,30 Mk.

Berichtigung. Kamerad Gloddek-Buer hat auf die in Nr. 48 d. Ztg. veröffentlichte Sammelliste Nr. 491 22,— Mk. gezeichnet. Weiter teilt Kamerad Krahn mit, daß auch Kamerad Lechtenbörger-Buer 25,— Mk. auf Sammellisten gezeichnet habe.

Achtung Knappschaftsälteste!

Kommission Herne

Sonntag, den 10. Januar 1915, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Höper in Recklinghausen-Süd, am Bahnhof:

Quartals-Versammlung

Um allseitiges und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Obmann.**

Kommission Dortmund

Sonntag, den 17. Januar 1915, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Dortmund, Ecke Leibnitz- und Lessingstraße:

Quartals-Versammlung

Um allseitiges und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Obmann.**

Knappen-Unterstützungs-Verein Haßlinghausen

Sonntag, den 17. Januar 1915, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal des Herrn Fr. Wilh. Jansen:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Kassenbericht. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Lokalwahl. 4. Verschiedenes.

Unter Punkt 4 sind wichtige Fragen zu erledigen, weshalb zahlreiches Erscheinen erwünscht ist.

Der Vorstand.